

Pies, Ingo

**Working Paper**

## Markt versus Staat? - Über Denk- und Handlungsblockaden in Zeiten der Globalisierung

Diskussionspapier, No. 2006-4

**Provided in Cooperation with:**

Martin Luther University of Halle-Wittenberg, Chair of Economic Ethics

*Suggested Citation:* Pies, Ingo (2006) : Markt versus Staat? - Über Denk- und Handlungsblockaden in Zeiten der Globalisierung, Diskussionspapier, No. 2006-4, ISBN 978-3-86010-835-2, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Halle (Saale), <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:2-1651>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/170266>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



# **Lehrstuhl für Wirtschaftsethik Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

---

## **Diskussionspapier Nr. 06-4**

**Ingo Pies:**

### **Markt versus Staat? – Über Denk- und Handlungs- blockaden in Zeiten der Globalisierung**

Herausgegeben vom Lehrstuhl für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und  
der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Stiftung Leucorea in der Lutherstadt Wittenberg



## Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Die Herausgeber teilen daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 10: 3-86010-835-2  
ISBN 13: 978-3-86010-835-2  
ISSN 1861-3594 (Printausgabe)  
ISSN 1861-3608 (Internetausgabe)

## Autorenanschrift

**Prof. Dr. Ingo Pies**  
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Große Steinstraße 73  
06108 Halle  
Tel.: +49 (0) 345 55-23420  
Email: [ingo.pies@wiwi.uni-halle.de](mailto:ingo.pies@wiwi.uni-halle.de)

## Korrespondenzanschrift

**Prof. Dr. Ingo Pies**  
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Große Steinstraße 73  
06108 Halle  
Tel.: +49 (0) 345 55-23420  
Fax: +49(0) 345 55 27385  
Email: [ingo.pies@wiwi.uni-halle.de](mailto:ingo.pies@wiwi.uni-halle.de)

## **Kurzfassung**

Je nachdem, wie das Verhältnis zwischen Markt und Staat konzeptualisiert wird, variiert die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Politikberatung. Illustriert wird diese These in der Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. Seine Diagnose einer „postnationalen Konstellation“ sieht die Demokratie durch Globalisierung gefährdet: Der geschwächte Nationalstaat verliere zusehends an Kraft, den entfesselten Markt zu bändigen. Als Therapie empfiehlt Habermas eine „kosmopolitische Zwangssolidarisierung“ mittels „umverteilungs-wirksame[r] Regulationen“ auf supra-nationaler Ebene, muss jedoch offen zugeben, dass hierfür die institutionellen Grundlagen ebenso fehlen wie das von ihm selbst als unabdingbar erforderlich ausgewiesene Solidaritätsbewusstsein. Sein Ansatz endet aporetisch. Als Gegenentwurf wird eine wirtschaftsethische Konzeptualisierung vorgestellt, die auf eine solidarische Indienstnahme von Systemleistungen abzielt: Hier wird das Verhältnis zwischen Markt und Staat grundlegend so bestimmt, dass „Global Governance“ als weltgesellschaftlicher Lernprozess aufgefasst und mittels normativer Aufklärungs- und Steuerungsbeiträge heuristisch so angeleitet werden kann, dass sich die Regelfindungs- und Regelsetzungsprozesse an gemeinsamen Regelinteressen orientieren können.

## Markt versus Staat? – Über Denk- und Handlungsblockaden in Zeiten der Globalisierung

von Ingo Pies

„Analytik ist selbst immer auch ein Moment des gesellschaftlichen Lebens, und die gesellschaftlichen Situationen werden andere, wenn wir lernen, sie anders aufzufassen.“

Niklas Luhmann (1981, 1994; S. 125)

Das Werk Niklas Luhmanns sensibilisiert für Diskrepanzen zwischen Sozialstruktur und Semantik – aber auch für das Niveau theoretischer Selbstreflexion, das erforderlich ist, um solche Diskrepanzen angemessen analysieren zu können. Eine *theoriestrategische* Selbstreflexion tut besonders dort Not, wo sozialwissenschaftliche Theorien Teil des Problems sind, indem sie den öffentlichen Diskurs mit Kategorien bedienen, die den Blick auf praktikable Lösungen eher verstellen. Hier können Denkblockaden zu Handlungsblockaden führen. In solchen Fällen ist ernsthafte Theorie-Arbeit erforderlich: der (fallible) Versuch, durch eine Reflexion auf die Bedingungen der Möglichkeit einer *Problemlösung* die zugrunde liegende *Problemstellung* kategorial neu zu justieren. Eine solche Theorie will – und kann! – praktisch werden, indem sie zur gesellschaftlichen Selbstaufklärung der Semantik beiträgt und so die gesellschaftliche Selbststeuerung der Sozialstruktur verbessern hilft. Ganz in diesem Sinne verstehen sich die folgenden Ausführungen als eine Übung in konstruktiver Kritik. Sie gehen in Bezug auf das Problem der Globalisierung der Frage nach: Wie muss dieses Problem theoretisch gedacht werden, um praktisch lösbar zu sein?

Die Argumentation setzt ein mit einer Rekonstruktion, wie das Problem der Globalisierung in den aktuellen Debatten typischerweise konzeptualisiert wird. Als Referenzposition hierfür dienen die einflussreichen Schriften von Jürgen Habermas. An ihnen wird in einem zweiten Schritt gezeigt, dass hier in der Tat – ungewollt, aber ebenfalls typisch – eine Konzeptualisierung vorliegt, die Denk- und Handlungsblockaden vorprogrammiert. In einem dritten Schritt erfolgt dann ein Gegenentwurf. Die Argumentation gliedert sich also in die Trias (I) Rekonstruktion, (II) De(kon)struktion und (III) Neukonstruktion: Abschnitt I kennzeichnet die weit verbreitete Wahrnehmung, nach der das Problem der Globalisierung typischerweise bestimmt wird als Gefährdung und sogar Verdrängung demokratischer Politik durch eine entgrenzte, entfesselte Wirtschaft.<sup>1</sup> Abschnitt II erläutert die Aporien eines solchen Ansatzes. Diese bestehen vor allem darin, dass der Argumentation die guten Gründe ausgehen, mit denen man normativ überzeugen – und eine der Globalisierung angemessene

---

<sup>1</sup> So die bis heute nachwirkende Orthodoxie der 1990er Jahre. Alternativ kann man Globalisierung aber auch als Chance wahrnehmen, die vermeintliche Abwicklung des Nationalstaates als eine Transformation von Staatlichkeit untersuchen und der Frage nachgehen, inwiefern Globalisierung neue Optionen für Demokratie und sogar für Sozialpolitik eröffnet. Vgl. etwa Zürn (1998), Zürn und Leibfried (2005), Pies (2000b) und vor allem die hellsichtige Analyse von Streeck (2004). – In noch radikalerer Weise liegt natürlich auch Niklas Luhmann (1997, S. 145 ff. et passim) quer zum Mainstream. Er geht davon aus, dass eine Weltgesellschaft bereits seit längerem existiert, so dass wir es nicht mit einer Globalisierung *zur* Weltgesellschaft, sondern gleichsam mit einer Globalisierung *in* der Weltgesellschaft zu tun haben. Vgl. hierzu bereits Luhmann (1971), aber auch Luhmann (1998). Er argumentiert kommunikations-theoretisch. Man kann den Gedanken der Weltgesellschaft aber auch interaktions-theoretisch einholen: als Zunahme globaler Interdependenzen. Lesenswerte Anregungen hierzu finden sich schon bei Kant (1784, 1975) und (1795, 1975), aber auch bei Marx und Engels (1848, 1959).

Politik der „Global Governance“ anleiten – könnte. Letztlich liegt das daran, dass Habermas der Politik eine Aufgabe zuweist, die so nicht lösbar ist – schon gar nicht im globalen Kontext. Da Sollen aber Können impliziert – *ultra posse nemo tenetur* –, gerät man theoriestrategisch in eine Verlegenheit, aus der die typischen Verlegenheits-„Lösungen“ – nämlich Einsichten bloß zu fordern, anstatt sie zu fördern – gerade keinen Ausweg bieten (können). Abschnitt III reagiert auf diesen Befund mit einer alternativen Konzeptualisierung. Der wirtschaftsethische Gegenentwurf zielt auf eine solidarische Indienstnahme von Systemleistungen ab: Hier wird das Verhältnis zwischen Markt und Staat grundlegend so bestimmt, dass „Global Governance“ als weltgesellschaftlicher Lernprozess aufgefasst und mittels normativer Aufklärungs- und Steuerungsbeiträge heuristisch so angeleitet werden kann, dass sich die Regelfindungs- und Regelsetzungsprozesse an gemeinsamen Regelinteressen orientieren können

## **I. Das Problem der Globalisierung nach Jürgen Habermas: Diagnose und Therapie**

Jürgen Habermas übt in seiner Doppelrolle als öffentlicher Intellektueller und international renommierter Wissenschaftler über nunmehr mehrere Jahrzehnte hinweg auch weit über die Grenzen Deutschlands hinaus einen enormen – und bis heute unvermindert starken – Einfluss aus. Er hat dem demokratischen Diskurs für viele Auseinandersetzungen nicht nur wichtige Stichworte geliefert, sondern auch – sei es als origineller Urheber, sei es als kompilierender Popularisierer – zentrale Kategorien bereitgestellt, die die Problemwahrnehmung zahlreicher Zeitgenossen beeinflussen und damit eine perspektivische Orientierung für die Suche nach Problemlösungen anbieten. Die aktuelle Globalisierungsdiskussion bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Sie ist von Habermas durch seine Zeitdiagnose einer „postnationalen Konstellation“ terminologisch bereichert und begrifflich mit geprägt worden.

Im Folgenden wird eine Argumentationsskizze vorgestellt, die den Versuch unternimmt, einige wesentliche Grundzüge seines einflussreichen Ansatzes hervorzuheben. Der Gedankengang ist in vier Schritte aufgeteilt. Der erste Schritt skizziert die Habermassche Diagnose der Moderne und rekapituliert seine Formel von einer „Kolonialisierung der Lebenswelt“. Der zweite Schritt skizziert sein Programm einer Solidaritätspolitik zur Verwirklichung des Anliegens eines seiner Meinung nach zeitgemäßen Sozialismus'. Der dritte Schritt zeigt auf, wie Habermas seine Zeitdiagnose als Globalisierungskritik modifiziert und wie er zu dem Schluss gelangt, dass die globalisierte Wirtschaft den demokratisierten Staat gefährdet. Der vierte Schritt erläutert abschließend, wie Habermas sich eine Therapie der postnationalen Konstellation vorstellt und welche Rolle er hierbei dem Bewusstsein kosmopolitischer Zwangssolidarisierung beimisst.

((1)) Jürgen Habermas hat 1981 mit seiner zweibändigen „Theorie kommunikativen Handelns“ ein Werk vorgelegt, das die Theorie-Arbeit von Karl Marx, Max Weber und Talcott Parsons zu aktualisieren beansprucht.<sup>2</sup> Die zugrunde liegende Idee besteht darin, eine Diagnose der modernen Gesellschaft zu entwickeln, die Grundzüge der Parsonschens Systemanalyse, der Weberschen Rationalisierungsanalyse und der Marxschen Verdinglichungsanalyse miteinander kombiniert.

Habermas fokussiert seine Theorieperspektive auf die Ambivalenz der Moderne. Ihm geht es darum, die Marx und Weber interessierenden Pathologien der Moderne als Negativfolgen der

---

<sup>2</sup> Vgl. Habermas (1981a, 1987) sowie (1981b, 1987).

zunehmenden Komplexität – und Leistungsfähigkeit – gesellschaftlicher Subsysteme ins Blickfeld zu rücken. Er will nicht nur die fortschrittlichen, sondern auch die rückschrittlichen Aspekte des Modernisierungsprozesses beleuchten, nicht nur die Gewinne bilanzieren, sondern auch die Verluste ausweisen. Zu diesem Zweck stützt er sich auf eine Typologie diverser Handlungsrationaltäten, um gesellschaftliche Entwicklungen der Systemrationalisierung mit handlungstheoretischen Kategorien für ihre Auswirkungen kritisieren zu können. Das Produkt dieser Handlungs- und Gesellschaftstheorie kategorial amalgamierenden Bemühungen um eine Diagnose der Moderne bringt Habermas auf die griffige Formel von einer „Kolonialisierung der Lebenswelt“.

Dieser Diagnose liegen fünf Thesen zugrunde (Abb. 1):

- erstens die These, dass es im historischen Prozess okzidentaler Rationalisierung zu einer Entkopplung von System und Lebenswelt gekommen ist
- zweitens die These, dass sich das System ausdifferenziert hat in die beiden Subsysteme Wirtschaft und Staat mit ihren jeweiligen Medien Geld und Macht
- drittens die These, dass sich die Lebenswelt ausdifferenziert hat in eine private und eine öffentliche Sphäre, die jeweils durch besondere Binnenstrukturen kommunikativen Handelns ausgezeichnet sind und im Medium der Solidarität operieren
- viertens die These, dass es zu Rückkopplungen kommt: zu Grenzübertretungen, zu – im wörtlichen Sinne – Grenz-„Verletzungen“, indem die ausdifferenzierten Subsysteme zur Invasion der lebensweltlichen Sphären ansetzen und dort eine Deformation der Strukturen kommunikativer Verständigung bewirken
- sowie fünftens die These, dass diese grenzverletzende Kolonialisierung der Lebenswelt zu einer Beeinträchtigung von Solidarität durch Geld und Macht führt, was von den Individuen als Verdinglichung und mithin als Sinn- und Freiheitsverlust erfahren wird.

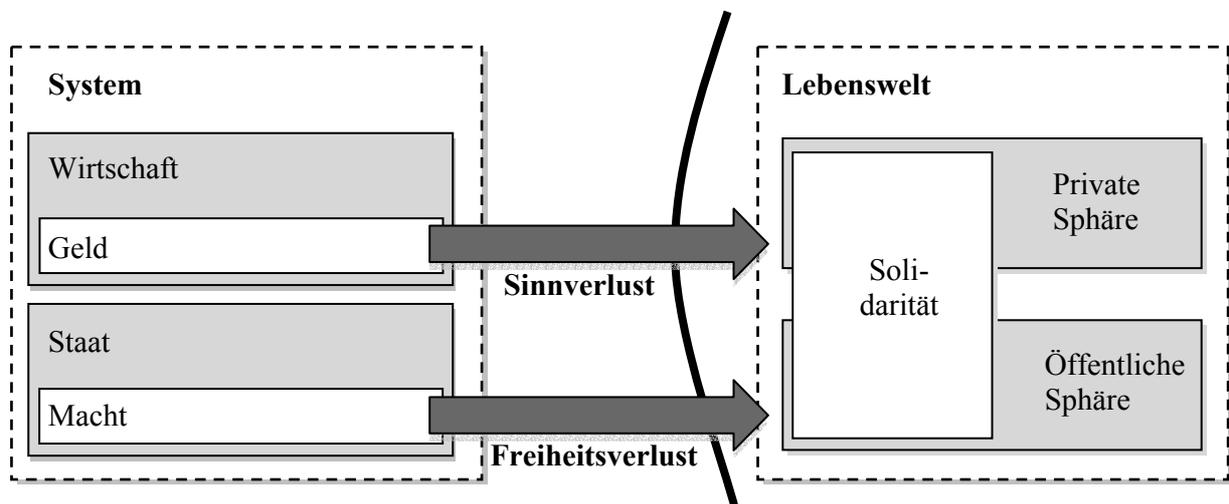


Abbildung 1: Die Kolonialisierung der Lebenswelt

Als Beleg für den Stand der Habermasschen Theorie um das Jahr 1980 sei folgendes Zitat angeführt:

„Das Übergreifen von Formen der ökonomischen und der administrativen Rationalität auf Lebensbereiche, die dem Eigensinn moralisch- und ästhetisch-praktischer Rationalität gehorchen, führt zu einer Art *Kolonialisierung der Lebenswelt*. Damit meine ich die Verarmung an Ausdrucks- und Kommunikationsmöglichkeiten, die, soweit wir sehen können, auch in komplexen Gesellschaften nötig bleiben, damit die Individuen lernen können, sich selbst zu finden, mit ihren eigenen Konflikten

umzugehen und gemeinsame Konflikte gemeinsam, also auf dem Wege kollektiver Willensbildung zu lösen.<sup>3</sup>

((2)) Habermas geht es aber nicht nur darum, die Grenze zwischen System und Lebenswelt möglichst dicht zu machen, um solidarische Kommunikationsorientierungen vor funktionalistischen Übergriffen zu schützen. Ihm geht es umgekehrt auch darum, die Grenze zu öffnen und offenzuhalten, um die Lebenswelt auf das System einwirken zu lassen und so Solidarität in der Gesellschaft zu verwirklichen (Abb. 2).

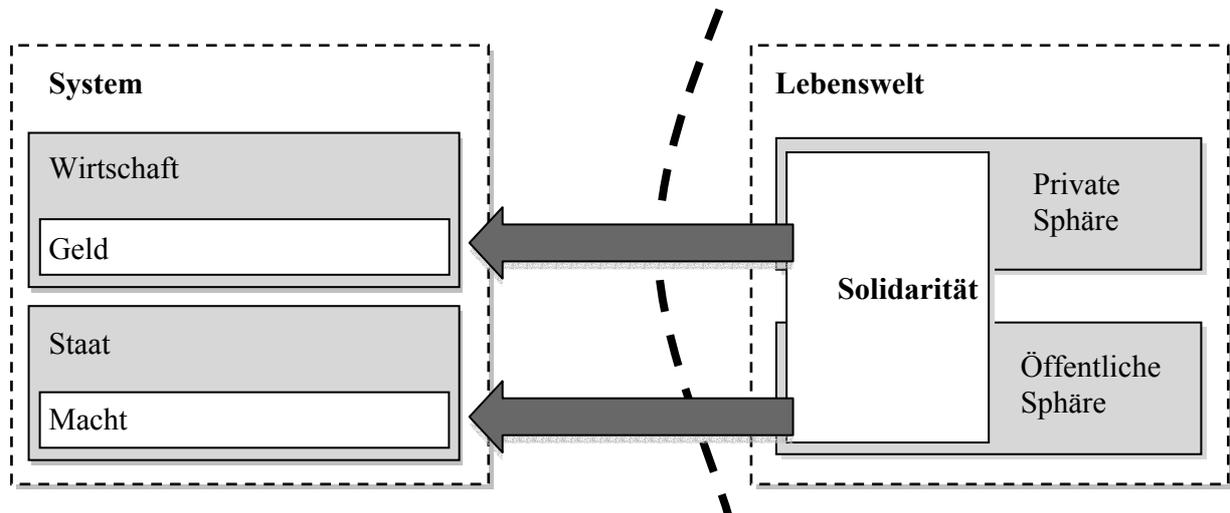


Abbildung 2: Das Habermassche Programm radikal-reformistischer Solidarität

Besonders deutlich formuliert Habermas diese Stoßrichtung seines Denkens in einem Aufsatz aus dem Jahre 1990. Auf den Fall der Mauer, das Ende des Kalten Krieges und das Scheitern staatssozialistischer Totalitarismen reagiert er hier mit (s)einer programmatischen Neubestimmung des sozialistischen (radikal-reformistischen) Anliegens einer zeitgemäßen politischen Linken. Interessant ist, wie Habermas sein politisches Programm nicht inhaltlich, sondern strikt prozeduralistisch profiliert:

„Moderne Gesellschaften befriedigen ihren Bedarf an Steuerungsleistungen aus drei Ressourcen: Geld, Macht und Solidarität. Ein radikaler Reformismus ist nicht mehr an konkreten Schlüsselforderungen zu erkennen, sondern an der auf Verfahren gerichteten Intention, eine neue Gewaltenteilung zu fördern: die sozialintegrative Gewalt der Solidarität soll sich über weit ausgefächerte demokratische Öffentlichkeiten und Institutionen gegen die beiden anderen Gewalten, Geld und administrative Macht, behaupten können. Das »Sozialistische« daran ist die Erwartung, dass sich die anspruchsvollen Strukturen gegenseitiger Anerkennung, die wir aus konkreten Lebensverhältnissen kennen, über die Kommunikationsvoraussetzungen inklusiver Meinungs- und demokratischer Willensbildungsprozesse auf die rechtlich und administrativ vermittelten sozialen Beziehungen übertragen. Lebensweltliche Bereiche, die darauf spezialisiert sind, tradierte Werte und kulturelles Wissen weiterzugeben, Gruppen zu integrieren und Heranwachsende zu sozialisieren, sind immer schon auf Solidarität angewiesen. Aus denselben Quellen kommunikativen Handelns muss auch eine radikal-demokratische Meinungs- und Willensbildung schöpfen, die auf die Grenzziehung und den Austausch zwischen jenen kommunikativ strukturierten Lebensbereichen auf der einen, Staat und Ökonomie auf der anderen Seite Einfluss nehmen soll.“<sup>4</sup>

((3)) Die ursprüngliche Modernitätsdiagnose war auf eine Äquidistanz zwischen Lebenswelt und Subsystemen angelegt, mit einer quasi semi-permeablen Grenzziehung: Privater und Öffentlicher Bereich sollten vor der funktionalistischen Invasion durch Wirtschaft und Staat

<sup>3</sup> Habermas (1979; S. 28, H.i.O.).

<sup>4</sup> Habermas (1990, 2003; S. 145 f.).

geschützt werden, während es umgekehrt galt, Solidarität gegen Geld und Macht durchzusetzen. Diese strikte Äquidistanz, welche die Kommunikationsorientierung einer lebensweltlichen Perspektive gegenüber den beiden Subsystemen Wirtschaft und Staat einzunehmen nahe legt, gibt Habermas ebenfalls schon 1990 auf. Er erkennt jetzt explizit an, dass bestimmte Formen der Staatlichkeit Solidaritätsfunktionen ausüben. So schreibt er:

„Die soziale und ökologische *Bändigung* der Marktwirtschaft ist die Allerweltsformel, zu der sich das sozialdemokratische Ziel der sozialen Bändigung des Kapitalismus zustimmungspflichtig verallgemeinert hat.“<sup>5</sup>

Dieser Befund erweist sich als besonders prekär, sobald Habermas seine Zeitdiagnose als Globalisierungsdiagnose aktualisiert. Dies erfolgt in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre.<sup>6</sup> Abb. 3 verdeutlicht die Stoßrichtung seiner neueren Argumentation.

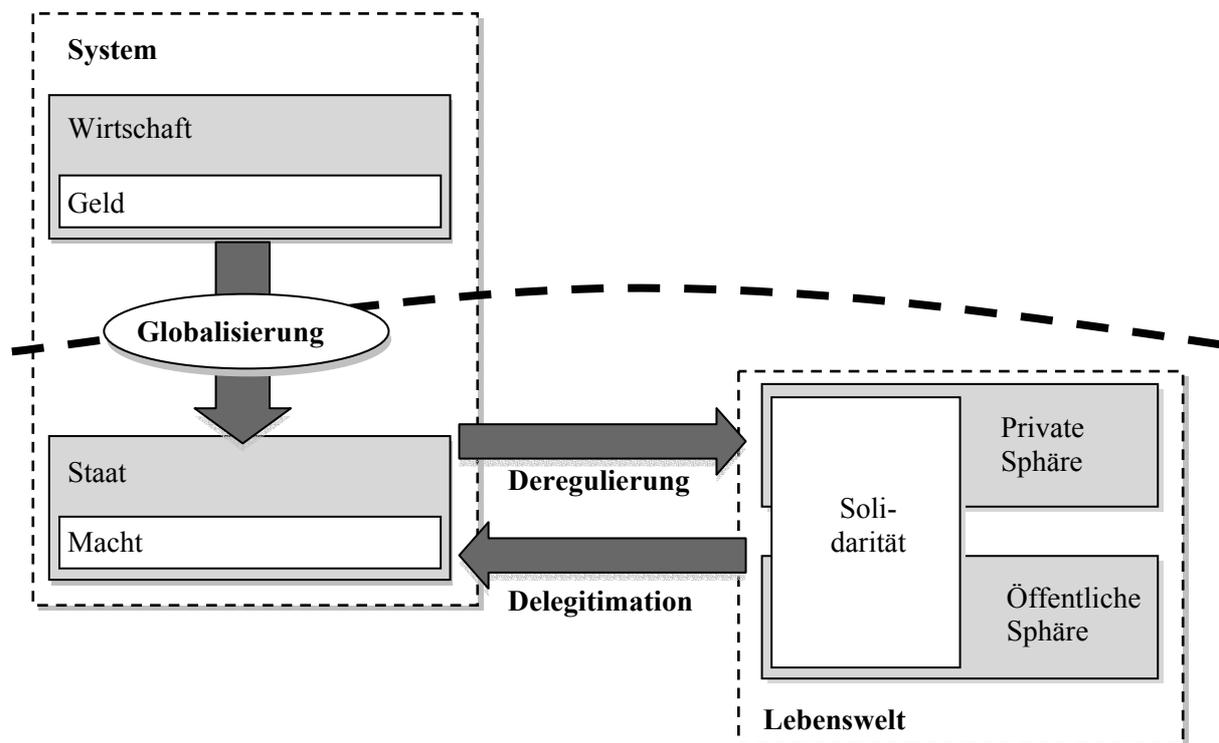


Abbildung 3: Die Habermassche Globalisierungsdiagnose

Primär thematisiert wird nun nicht mehr eine Grenzverletzung zwischen System und Lebenswelt, sondern eine Grenzverletzung zwischen dem Subsystem Wirtschaft und dem Subsystem Staat. Habermas diagnostiziert, dass die sich globalisierende Wirtschaft den demokratisierten Staat – und hier insbesondere den Sozialstaat – in Schwierigkeiten bringt. Ihm werde die Möglichkeit entzogen, substantielle Regelungen herbeizuführen, die die Solidarität der Individuen untereinander absichern. Von Seiten der Lebenswelt reagiere man auf Deregulierung und Desolidarisierung mit Protest und Delegitimation, mit einem Entzug der Loyalität gegenüber staatlichen Institutionen. Habermas sieht die Demokratie in Gefahr.

Das ursprüngliche Bild, das Habermas als Zeitdiagnostiker malt, hat sich also radikal gewandelt: Der Staat erscheint nunmehr als Verbündeter der Lebenswelt. Er mutiert gleichsam vom Feind zum Freund des Menschen. Habermas bezieht dies insbesondere auf

<sup>5</sup> Habermas (1990, 2003; S. 143, H.i.O.).

<sup>6</sup> Vgl. hierzu die programmatischen Aufsätze von Habermas (1998b) und (1998c).

den demokratischen Rechtsstaat, zumal wenn dieser soziale Leistungen erbringt. Das eigentliche Problem wird nun darin gesehen, dass dieser Staat sich selbst nicht mehr vor den Systemimperativen der Wirtschaft schützen kann, mit der Folge, dass es ihm unmöglich wird, als Sozialstaat seine spezifischen Solidaritätsleistungen – insbesondere seine „Umverteilungsfunktionen“<sup>7</sup> – zu erbringen.

Im Original liest man hierzu Folgendes: Auf der einen Seite konstatiert Habermas mit Bezug auf die OECD-Staaten: „In der Gestalt sozialstaatlicher Massendemokratien ist hier die hochproduktive Wirtschaftsform des Kapitalismus zum ersten Mal sozial gebändigt und mit dem normativen Selbstverständnis demokratischer Verfassungsstaaten mehr oder weniger in Einklang gebracht worden.“<sup>8</sup> So weit die gute Nachricht. Als schlechte Nachricht hat der Zeitdiagnostiker Habermas in petto, dass diese soziale Bändigung des Kapitalismus mittels Sozialstaat auf eine historische Konstellation zurückzuführen sei, die er für gefährdet und sogar für unwiederbringlich verloren hält.<sup>9</sup> Globalisierung verwandle die nationale Konstellation in eine postnationale Konstellation, und hier entziehe die grenzüberschreitende Wirtschaft dem nationalen Sozialstaat sein Fundament. Die Habermassche Globalisierungsthese lautet: „Diese Veränderung [des weltwirtschaftlichen Systems] schränkt die nationalstaatlichen Akteure in ihrem Handlungsspielraum so weit ein, dass die ihnen verbleibenden Optionen nicht ausreichen, um sozial und politisch unerwünschte Nebenfolgen eines transnationalisierten Marktverkehrs hinreichend »abzufedern«.“<sup>10</sup> Die Folgen sind für Habermas absehbar: „Desolidarisierung muss ... auf längere Sicht eine liberale politische Kultur zerstören, auf deren universalistisches Selbstverständnis demokratisch verfasste Gesellschaften angewiesen sind.“<sup>11</sup>

((4)) Was könnte man dagegen tun? Wie sieht eine mögliche Solidaritätsstrategie aus? – Das sind die Fragen, deren sich Habermas annimmt, indem er seine Diagnose allmählich in Therapieüberlegungen münden lässt (Abb. 4): „Ein Ausweg könnte darin bestehen, dass die regulatorische Kraft der Politik den Märkten, die sich dem Zugriff der Nationalstaaten entzieh[en], nachwächst“<sup>12</sup>. Das Motto lautet: Re-Regulierung statt De-Regulierung und Re-Distribution statt De-Solidarisierung. Habermas befürwortet einen „Kurswechsel von der *Anpassung an* das transnationale weltwirtschaftliche System zu einem Versuch der politischen *Einflussnahme auf* dessen Rahmenbedingungen“<sup>13</sup>.

Auf dem zu beschreitenden Weg hält Habermas theoretische Orientierung für erforderlich. Damit beschreibt er eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe wissenschaftlicher Theorie. Allerdings fällt sein Urteil über den wissenschaftlichen ‚state of the art‘ in dieser Hinsicht eher negativ aus. Sein ernüchternder Befund lautet: „Ohne nennenswerte sozialwissenschaftliche Anstrengungen ist ... die Idee einer die Märkte einholenden Politik bisher nicht einmal zu einem »Projekt« ausgereift.“<sup>14</sup>

Immerhin sieht sich Habermas in der Lage, zwei Dinge zu tun: erstens die Hauptprobleme zu benennen, die einer nachholenden Politik im Wege stehen; und zweitens einen Hinweis zu geben, wie diese Probleme vielleicht gelöst werden können.

<sup>7</sup> Habermas (1998c; S. 118).

<sup>8</sup> Habermas (1998b; S. 78).

<sup>9</sup> Vgl. Habermas (1998b; S. 79).

<sup>10</sup> Habermas (1998b; S. 82).

<sup>11</sup> Habermas (1998b; S. 81).

<sup>12</sup> Habermas (1998b; S. 79).

<sup>13</sup> Habermas (1998b; S. 85, H.i.O.). Habermas (1998c; S. 156, H.i.O.) formuliert als Desiderat einen „Kurswechsel zu einer Weltinnenpolitik ohne Weltregierung“.

<sup>14</sup> Habermas (1998b; S. 86).

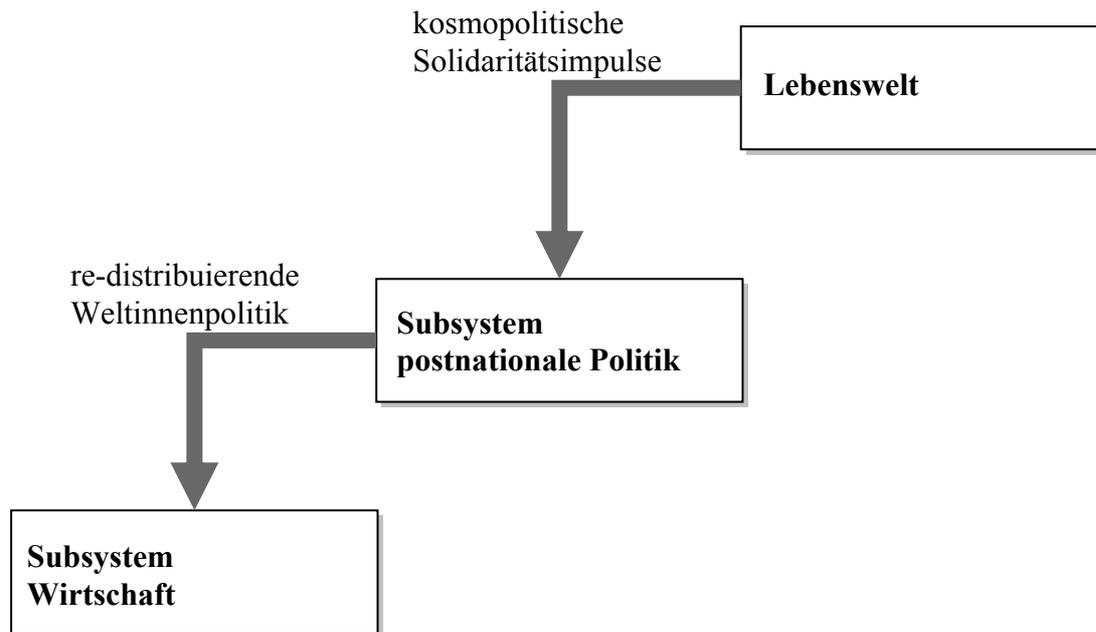


Abbildung 4: Die Habermassche Globalisierungstherapie

Das erste Hauptproblem glaubt Habermas in grundlegenden Interessenkonflikten erkennen zu können, die in der postnationalen Konstellation auf die nationalstaatlichen Akteure zukommen. Die Lösung hierfür sieht er in Verfahren der Konfliktlösung. Im Original liest man:

„In einer stratifizierten Weltgesellschaft scheinen sich aus der asymmetrischen Interdependenz zwischen entwickelten, neu industrialisierten und unterentwickelten Ländern *unversöhnliche* Interessengegensätze zu ergeben. Aber diese Perspektive trifft nur solange zu, wie es keine institutionalisierten Verfahren transnationaler Willensbildung gibt, die global handlungsfähige Akteure dazu bringen, ihre je eigenen Präferenzen um Gesichtspunkte einer »global governance« zu erweitern.“<sup>15</sup>

Das zweite Hauptproblem folgt jedoch sogleich auf dem Fuße. Für Habermas besteht es in der Frage, wie sich die nationalstaatlichen Entscheidungsträger in solchen Konfliktlösungsverfahren verhalten werden. Er rechnet mit taktischen Blockaden, aus denen die nationalen Regierungen nur herausgeholt werden können, wenn bei den Bürgern die entsprechende Einsicht gewachsen ist, kosmopolitische Solidarität nicht negativ, sondern positiv zu sanktionieren:

„Gewiss, internationale Absprachen und Regelungen, die ... Externalisierungen entgegenwirken, sind von Regierungen solange nicht zu erwarten, wie diese in ihren nationalen Arenen, wo sie sich um Zustimmung und Wiederwahl bemühen müssen, als unabhängig handelnde Akteure wahrgenommen werden. Die Einzelstaaten müssten *innenpolitisch wahrnehmbar* in bindende Kooperationsverfahren einer kosmopolitisch verpflichtenden Staatengemeinschaft eingebunden werden. Die entscheidende Frage ist deshalb, ob in den Zivilgesellschaften und den politischen Öffentlichkeiten großräumig zusammenwachsender Regime ein Bewusstsein kosmopolitischer Zwangssolidarisierung entstehen kann. Nur unter diesem Druck einer innenpolitisch wirksamen Veränderung der Bewusstseinslage der Bürger wird sich auch das Selbstverständnis global handlungsfähiger Akteure dahingehend ändern können, dass sie sich zunehmend im Rahmen einer internationalen Gemeinschaft als Mitglieder verstehen, die alternativenlos zur Kooperation und damit zur gegenseitigen Interessenberücksichtigung genötigt sind. Ein solcher Perspektivenwechsel von »internationalen Beziehungen« zu einer

<sup>15</sup> Habermas (1998b; S. 87, H.i.O.).

Weltinnenpolitik ist von den regierenden Eliten nicht zu erwarten, bevor nicht die Bevölkerungen selbst aus wohlverstandener Eigeninteresse einen solchen Bewusstseinswandel prämiieren.“<sup>16</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Habermas die gesellschaftliche Aufgabe sozialwissenschaftlicher Theoriebildung dahingehend bestimmt, im Vorgriff auf eine Solidarität, die es jetzt noch nicht gibt, die Vorstellung zu entwickeln und öffentlichkeitswirksam zu kommunizieren, dass eine solidarische Politik den globalisierten Markt einholen, regulieren und mittels Umverteilung sozialverträglich gestalten sollte. Damit könnte die Theorie einem Bewusstsein „kosmopolitischer Zwangssolidarisierung“ vorarbeiten, für das Habermas in der Realität bereits Tendenzen ausmachen zu können glaubt:

„Eine Regulierung der entfesselten Weltgesellschaft erfordert Politiken, die Lasten umverteilen. Das wird nur auf der Grundlage einer bisher fehlenden weltbürgerlichen Solidarität möglich sein, die allerdings eine schwächere Bindungsqualität haben würde als die innerhalb von Nationalstaaten gewachsene staatsbürgerliche Solidarität. Die Weltbevölkerung ist objektiv längst zu einer unfreiwilligen Risikogemeinschaft zusammengeschlossen worden. Nicht ganz unplausibel ist deshalb die Erwartung, dass sich unter diesem Druck jener große, historisch folgenreiche Abstraktionsschub vom lokalen und dynastischen zum nationalen und demokratischen Bewusstsein fortsetzt.“<sup>17</sup>

## II. Die Aporien der Globalisierungsdiskussion: Denk- und Handlungsblockaden

((1)) Habermas hat im Laufe der Zeit an den theoretischen Fundamenten seiner Zeitdiagnose(n) so grundlegende Umbauten vorgenommen, dass – um im Bilde zu bleiben – die Statik seines Gebäudes theoriearchitektonische Sorgen rechtfertigt. Wie tragfähig ist die Konstruktion? Konkret: Wie überzeugend sind die Argumente, die sich mit diesem theoretischen Ansatz generieren lassen?

Um diese Frage zu beantworten, sei zunächst noch einmal rekapituliert, wie Habermas seinen Gedankengang in drei Schritten aufbaut.

Der *erste* Schritt besteht darin, die „nationale Konstellation“ zu charakterisieren. Habermas sieht sie gekennzeichnet

- durch ein – nicht völkisch, als Herkunftsgemeinschaft, sondern diskursiv – als Verfassungspatriotismus konstituiertes Bewusstsein nationaler Solidarität
- durch einen mittels umverteilender Solidaritätspolitik diesem Bewusstsein und Anspruch der Bürger Rechnung tragenden Staat
- und durch eine Wirtschaft, die von diesem zur Solidarität verpflichteten Staat gebändigt wird, insbesondere in ihrer tendenziell solidaritätsauflösenden, solidaritätszersetzenden Auswirkung auf die Lebenswelt.

Der *zweite* Schritt besteht darin, die „postnationale Konstellation“ zu charakterisieren. Habermas sieht sie gekennzeichnet

- durch einen Mangel an kosmopolitischem Solidaritätsbewusstsein
- durch ein Unvermögen der Staaten, ihre Solidaritätspolitik national – und erst recht international – fortzusetzen

<sup>16</sup> Habermas (1998b; S. 88, H.i.O.).

<sup>17</sup> Habermas (1998b; S. 89).

- durch eine globalisierte Wirtschaft, die den Primat staatlicher Solidaritätspolitik unterminiert, indem sie den Staaten eine Standortkonkurrenz aufzwingt, die ihre Steuerbasis ebenso erodieren lässt wie die Standards sozialer Sicherung.<sup>18</sup>

Der *dritte* Schritt besteht darin, zur Bewältigung der „postnationalen Konstellation“ Empfehlungen zu generieren. Habermas fragt explizit: „Worin könnte eine *politische* Antwort auf die Herausforderungen der postnationalen Konstellation bestehen?“<sup>19</sup>

Abstrakt kennzeichnet er die Idee, auf die sein Ansatz hinausläuft, als eine nachholende, die globalisierte Wirtschaft einholende Politik kosmopolitischer Solidarität. Seine Antwort besteht darin, in der postnationalen Konstellation ein funktionales Äquivalent für die nationale Konstellation zu finden, wohl wissend, dass man das nationale Arrangement nicht einfach auf der globalen Ebene – als Weltstaat – duplizieren kann.

Konkret begegnen bei der Umsetzung dieser Idee jedoch immense Schwierigkeiten. Habermas selbst weist diese Schwierigkeiten mehrfach offen aus. Einige besonders markante Formulierungen seien hier als Beleg angeführt.

Zum einen gesteht Habermas ein, dass seine normativen Empfehlungen auf gravierende Implementierungsschwierigkeiten stoßen, zumindest wenn sie an nationalstaatliche Akteure gerichtet werden:

„Die ... Analyse legt ... eine Strategie nahe, die der perspektivlosen Anpassung an Imperative der Standortkonkurrenz mit dem Entwurf einer transnationalen Politik des Einholens und Einhegens globaler Netze begegnet. ... An die nationalstaatlichen Akteure richtet ein solcher Entwurf die paradoxe Erwartung, heute schon in den Grenzen ihrer aktuellen Handlungsmöglichkeiten ein Programm zu *verfolgen*, das sie doch erst jenseits dieser Grenzen *realisieren* können.“<sup>20</sup>

Ein weiteres Eingeständnis gravierender Implementierungsschwierigkeiten, auf die seine normativen Empfehlungen stoßen, kann man daran erkennen, dass Habermas den politischen Parteien in den Nationalstaaten „Mut zur Antizipation“<sup>21</sup> abverlangt und sie dazu auffordert, ihre Europapolitik nicht an nationalen und noch nicht einmal an europäischen, sondern vielmehr an globalen Interessen auszurichten:

„Die politischen Parteien ... müssen ... innerhalb des nationalen Spielraums – des einzigen, in dem sie aktuell handeln können – auf den europäischen Handlungsspielraum vorausgreifen. Diesen wiederum müssen sie programmatisch mit der doppelten Zielsetzung erschließen, ein soziales Europa zu schaffen, das sein Gewicht in die kosmopolitische Waagschale wirft.“<sup>22</sup>

---

<sup>18</sup> Habermas (1998c; S. 119 f.): „Die Regulierungsmacht kollektiv bindender Entscheidungen operiert nach einer anderen Logik als der Regelungsmechanismus des Marktes. Nur die Macht lässt sich ... demokratisieren, nicht das Geld. Deshalb entfallen per se Möglichkeiten demokratischer Selbststeuerung in dem Maße, wie die Regulierung gesellschaftlicher Bereiche vom einen Medium auf das andere übergeht.“ Habermas (1998c; S. 120) beobachtet eine „Verdrängung der Politik durch den Markt“. Seine Diagnose lautet (ebd.; S. 119): „Geld substituiert Macht.“ Diese Diagnose findet sich auch bei zahlreichen anderen Autoren. Als Beleg möge hier eine markante Formulierung von Ulrich Beck (2000; S. 52) genügen: „Die Wirtschaft bricht aus dem territorialen Rahmen aus, ohne dass ein Weltstaat oder eine entsprechende Institution ihr neue staatliche Zügel anlegen könnte. Es handelt sich nicht um einen Übergang vom Nationalstaat zum Weltstaat, sondern vom Staat zum Markt. Dadurch entsteht ein Machtvakuum, weil das, was der Staat an Macht verliert, nicht interstaatlicher Macht zuwächst. Dem Verlust entspricht kein Gewinn, das addiert sich nicht zu einem Nullsummenspiel. Es ist nur ein Verlust: Politik wird abgebaut, Politik diffundiert.“

<sup>19</sup> Habermas (1998c; S. 96, H.i.O.).

<sup>20</sup> Habermas (1998c; S. 124 f., H.i.O.).

<sup>21</sup> Habermas (1998c; S. 168).

<sup>22</sup> Habermas (1998c; S. 168 f.).

Auch die beiden folgenden Zitate belegen, wie skeptisch Habermas die Erfolgsaussichten seiner eigenen Ratschläge beurteilt:

„Die Reregulierung der Weltgesellschaft hat bisher nicht einmal die Gestalt eines exemplarisch, an Beispielen erläuterten Projektes angenommen. Seine ersten Adressaten sind nicht Regierungen, sondern Bürger und Bürgerbewegungen. Aber soziale Bewegungen kristallisieren sich erst, wenn sich für die Bearbeitung von Konflikten ... normativ befriedigende Perspektiven öffnen.“<sup>23</sup>

„Innovationen kommen nicht zustande, wenn die politischen Eliten nicht auch in den *vorgängig reformierten* Wertorientierungen ihrer Bevölkerungen Resonanz finden.“<sup>24</sup>

Die offen ausgewiesene Verlegenheit seiner Ratschläge besteht darin, den politischen Akteuren raten zu müssen, sich so zu verhalten, wie sie sich eigentlich nur dann verhalten könnten, wenn die Bürger sie dafür gratifizieren würden, was allerdings ein kosmopolitisches Solidaritätsbewusstsein voraussetzt, das es gegenwärtig noch nicht gibt. Die Katze beißt sich in den Schwanz.

((2)) Die eigentliche Verlegenheit des Denkansatzes ist theoriestrategischer Natur. Sie besteht darin, dass der Ansatz nicht das leisten kann, was er leisten will: Es fällt ihm schwer, die Theorie praktisch werden zu lassen. Das Implementierungsproblem ist nicht nur ungelöst. Es droht, im Rahmen des Ansatzes prinzipiell unlösbar zu sein. Damit ist ein echtes Grundlagenproblem identifiziert. Als These zugespitzt: Der von Habermas eingeschlagene Weg, Normativität ins Spiel zu bringen, ist hier – nota bene: durch seinen eigenen Ansatz! – kategorial versperrt.

Habermas sucht den Zugang zur Normativität über *konsistenztheoretische* Argumente. Er stellt sich damit in eine große philosophische Tradition: Spätestens seit G.W.F. Hegels Kritik am abstrakten Sollen ist es in der Philosophie weit verbreitet, die fragliche Normativität als in den Institutionen der Gesellschaft bereits inkorporiert anzusehen, so dass sie von der Theorie lediglich nachbuchstabiert – und so den Bürgern explizit zu Bewusstsein gebracht – werden muss, um eine öffentlich selbstreflexive Stabilisierung des normativen Gehalts in den Institutionen zu bewirken.

Ein mustergültiges Vorbild hierfür bietet die Gerechtigkeitstheorie von John Rawls. Er bestimmt Gerechtigkeit als „die erste Tugend sozialer Institutionen“<sup>25</sup> und kann dann darauf verweisen, dass „Gesetze und Institutionen abgeändert oder abgeschafft werden [müssen], wenn sie ungerecht sind“<sup>26</sup>. Auf diese Weise kann sich seine Theorie in die öffentlichen Diskurse einer demokratisch verfassten Gesellschaft einklinken und als Theorie zu einer selbstreflexiven Aufwärtsspirale beitragen, die mit ihrer Aufklärung über Gerechtigkeit zumindest indirekt auch zur Steuerung des Institutionensystems beiträgt (Abb. 5).<sup>27</sup>

<sup>23</sup> Habermas (1998c; S. 168).

<sup>24</sup> Habermas (1998c; S. 168, H.i.O.).

<sup>25</sup> Rawls (1971, 1979; S. 19).

<sup>26</sup> Rawls (1971, 1979; S. 19).

<sup>27</sup> In Abbildung 5 symbolisiert der obere, nach rechts weisende Pfeil theoretische *Aufklärungsleistungen*, während der untere, nach links weisende Pfeil theoretische *Steuerungsbeiträge* symbolisiert. Der obere Pfeil ist dunkler eingezeichnet, um darauf aufmerksam zu machen, dass der Rawlssche Ansatz auf *starke* Aufklärungsleistungen zugeschnitten ist, während seine Steuerungsleistungen – methodisch bedingt – eher *schwach* ausfallen. Vgl. hierzu ausführlich Pies (2000a; S. 263-276 und S. 287-304).

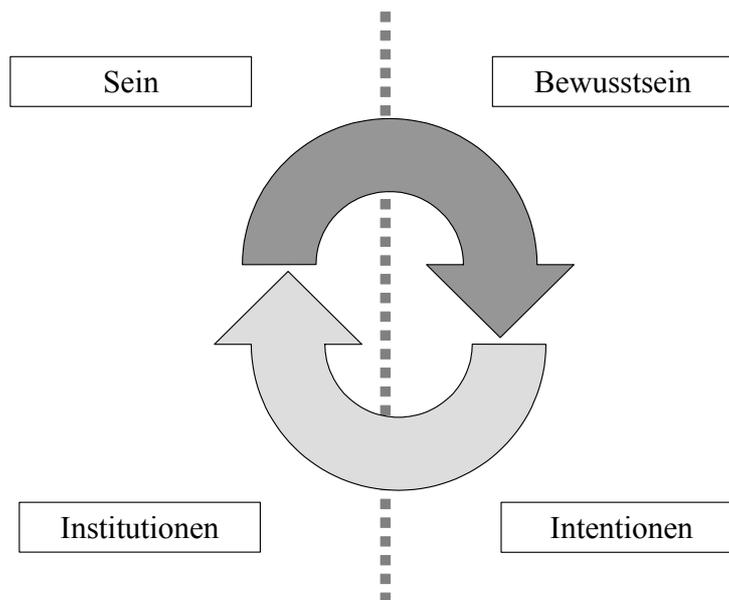


Abbildung 5: Der normative Ansatz bei John Rawls

Letztlich liegt einer solchen Theoriestrategie die Idee zugrunde, dass, sobald das normative Prinzip erst einmal klar vor Augen steht, es schwer(er) fällt, dagegen zu verstoßen, weil öffentlich auf eine Inkonsistenz hingewiesen werden kann. Auch die Habermassche Diskursethik folgt diesem Ansatz, wenn sie bis in die Strukturen der Institution Sprache hinein jenen Verständigungsnormen nachspürt, die man implizit – die typische Formulierung lautet: „immer schon“ – anerkennt und gegen die explizit zu verstoßen ein performativer Selbstwiderspruch sein würde.<sup>28</sup>

Genau an dieser Stelle aber entwickelt die Habermassche Diagnose einer postnationalen Konstellation eine – methodisch betrachtet – selbstsubversive Sprengkraft, denn das Kennzeichen dieser Konstellation wird ja gerade darin gesehen, dass es an jenen Institutionen mangelt, die eigentlich vorausgesetzt werden müssten, um einen Ansatzpunkt für eine normative Konsistenzargumentation zu gewinnen. Hierzu schreibt Habermas mit einer Deutlichkeit, die kaum etwas zu wünschen übrig lässt:

„Unter den gegebenen Bedingungen kann man sich nicht einmal auf eine weltweite Transaktionssteuer auf Spekulationsgewinne einigen. Erst recht fällt es schwer, sich eine Organisation oder eine ständige Konferenz, irgendein Verfahren vorzustellen, wonach sich beispielsweise die Regierungen der OECD-Staaten auf einen Rahmen für die nationalen Steuergesetzgebungen einigen könnten. Ein internationales Verhandlungssystem, das einen »race to the bottom« – einen kostensenkenden Deregulationswettbewerb, der sozialpolitische Handlungsspielräume einschnürt und soziale Standards beschädigt – begrenzt, müsste die Kraft zu umverteilungswirksamen Regulationen haben. *Einschneidende* Politiken dieser Art wären innerhalb einer Europäischen Union, die, ungeachtet der multinationalen Zusammensetzung und einer starken Stellung der nationalen Regierungen, *staatliche Qualität* annimmt,

<sup>28</sup> Otfried Höffe (1999; S. 278) scheint in dieser Hinsicht eine Ausnahmeposition zu vertreten – oder doch zumindest für vertretbar zu halten. Bei ihm liest man: „Gegen die Behauptung, einen Weltstaat zu verlangen sei unrealistisch, könnte man mit dem großen Moralisten Jean-Jacques Rousseau sagen: »Was schert der Irrtum der Menschheit die Wahrheit, und was ihre Barbarei die Gerechtigkeit? Suchen wir nicht nach dem, was getan wurde, sondern danach, was man tun soll.« Ein kompromissloses Sollen wie die Gerechtigkeit – wenn der Weltstaat denn diesen Rang hat – wird durch die »schlechte Wirklichkeit« in der Tat nicht getrübt. Im Gegenteil muss sich die Wirklichkeit vor dem Sollen und nicht das Sollen vor der Wirklichkeit rechtfertigen.“ Im Hinblick auf solche Positionen wird verständlich, mit welcher Berechtigung Niklas Luhmann (1990) die Ethik davor warnt, sich mit Moral zu identifizieren – oder gar zu infizieren.

immerhin denkbar. Aber auf globaler Ebene fehlt beides, die politische Handlungsfähigkeit einer Weltregierung und eine entsprechende Legitimationsgrundlage.<sup>29</sup>

Dass Habermas zufolge auf globaler Ebene eben beides fehlt: die institutionelle Grundlage einer Solidaritätspolitik ebenso wie das erforderliche Solidaritätsbewusstsein, raubt seiner Theoriestrategie den Ansatzpunkt für Normativität. Die Normativität verliert die Bodenhaftung und wird gleichsam freischwebend. Bildlich gesprochen, könnte man sagen: Seine Argumentation läuft nicht mehr rund (Abb. 6).<sup>30</sup>

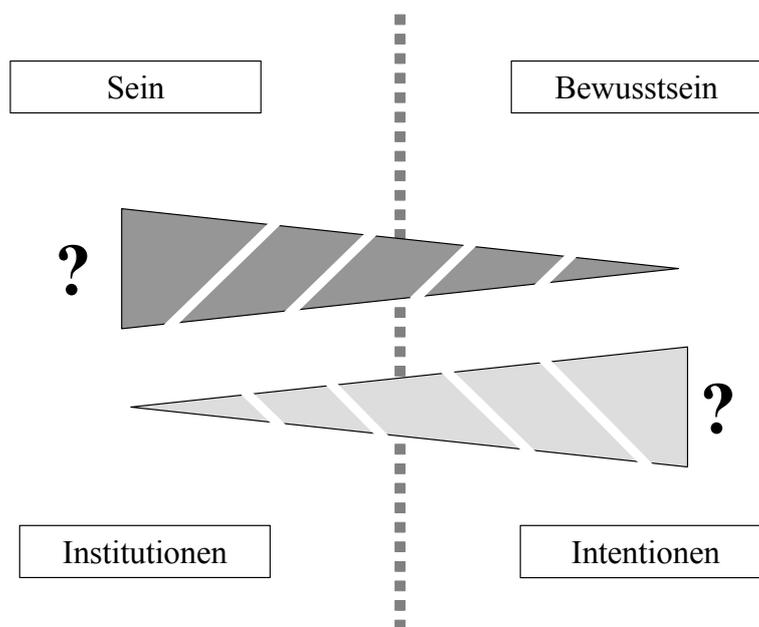


Abbildung 6: Der normative Ansatz bei Jürgen Habermas

((3)) Die Diagnose einer postnationalen Konstellation versetzt den Ansatz von Habermas in eine äußerst prekäre Lage. Deshalb ist es gerade unter methodischen Gesichtspunkten sehr interessant und aufschlussreich zu beobachten, wie er selbst darauf reagiert.

Theoriestrategisch stehen mehrere Optionen zur Verfügung (Abb. 7).<sup>31</sup> Zum einen könnte Habermas den Argumentationsmodus wechseln. Das tut aber er nicht. Weder verlegt sich

<sup>29</sup> Habermas (1998c; S. 158 f., H.i.O.). Vgl. auch Habermas (1998c; S. 163). Er sieht strukturelle Hindernisse, die im Wege stehen, wenn man versuchen wollte, das Entstehen weltbürgerlicher Solidarität als stetigen Übergang von einem nationalen zu einem europäischen und schließlich globalen Verfassungspatriotismus zu denken.

<sup>30</sup> In Abbildung 6 symbolisieren die Fragezeichen den fehlenden Ansatzpunkt für Normativität. Der argumentative Kreislauf schließt sich nicht mehr, denn die Aufklärungs- und Steuerungs-Argumente sind in sich selbst brüchig.

<sup>31</sup> Abbildung 7 unterscheidet zwischen Sollensparadigma und Wollensparadigma. Im Sozialisationsprozess erfährt ein Individuum Normativität zunächst als Sollen. Erst im Verlauf dieses Prozesses macht es dann die Erfahrung, dass das Gesollte – unter bestimmten Bedingungen – auch im eigenen Interesse gewollt werden kann. Das moralisch Gesollte individuell wollen zu können, konstituiert die Autonomie der Person, während umgekehrt gilt, dass permanent und gravierend gegen eigene Interessen verstoßen zu sollen, die Würde der Person verletzt. Betrachtet man nun Sollensparadigma und Wollensparadigma als die beiden Modi der Moralkommunikation, so besteht nicht notwendig ein strikter Gegensatz. Entscheidend ist vielmehr, ob Aussagen, die – vielleicht nur aus pragmatischen Gründen – im Sollensparadigma formuliert sind, im Wollensparadigma rekonstruiert werden können. Abb. 7 versucht dies graphisch umzusetzen, indem das Wollensparadigma so eingezeichnet ist, dass es Teile des Sollensparadigmas umfassen kann. Ferner wurde versucht, graphisch zu verdeutlichen, dass nur Klugeitsargumente *starke* Argumente sind, dass Appellen und Postulaten die Qualität eines Arguments zumeist fehlt und dass Konsistenzargumente als *schwache* Argumente eine mittlere Stellung einnehmen, wenn es darum geht, mittels Theorie normative Aufklärungs- und

Habermas aufs bloße Appellieren und Postulieren, noch schaltet er um auf die Generierung von Klugheitsargumenten. Stattdessen bleibt er seinem ursprünglichen Ansatz treu, operiert weiterhin im Modus von Konsistenzargumenten und nimmt dann aber konsequenterweise den Geltungsanspruch seiner Normativität immer stärker zurück. Da der Ansatzpunkt für die Generierung von Verpflichtungsgründen fehlt, verdünnt Habermas den normativen Gehalt seiner Theorie. Metaphorisch ausgedrückt, betreibt er Homöopathie.<sup>32</sup> Das Resultat ist lähmende Ratlosigkeit: eine Denkblockade, die in Handlungsblockaden mündet, wie die Ratschläge zeigen, auf deren Befolgung nicht einmal Habermas selbst setzen mag.

### **III. Wie generiert man Klugheitsargumente rationaler Selbstbindung? – Zur normativen Heuristik weltgesellschaftlicher Ordnungspolitik**

Die folgenden Ausführungen weisen einen Weg aus der theoriestrategischen Sackgasse. Sie entwerfen eine „ordonomische“ – sc. ordnungstheoretische – Argumentationsskizze. Sie stellen vor, wie eine im Wollensparadigma angesetzte und mit Rational-Choice-Theoremen operierende Generierung von Klugheitsargumenten aussehen könnte. Der Gedankengang beginnt mit einer Vorüberlegung (1) und erläutert sodann den verwendeten Rationalitätsbegriff (2), die ordonomische Situationslogik (3), die daraus resultierende Funktionsanalyse des Marktes (4) sowie schließlich – dies wird sich als besonders wichtig erweisen – eine Relationierung von Markt und Staat (5), die einen systematischen Ansatzpunkt für Normativität aufweisen kann und damit das theoriestrategische Grundlagenproblem löst, an dem der Habermassche Ansatz methodisch scheitert.

((1)) Ausgehend von der Zeitdiagnose einer Kolonialisierung der Lebenswelt durch Systemimperative, war die Aufgabe der lebensweltlichen Äquidistanz gegenüber den beiden Subsystemen Staat und Wirtschaft – methodisch betrachtet – eine enorm riskante und folgenreiche Theoriebildungsentscheidung. Dieser Schritt ist Jürgen Habermas sichtlich nicht leicht gefallen, worauf etwa folgende Äußerung schließen lässt:

„Bei aller Vorsicht gegenüber einem unkritischen Rückgriff auf die Errungenschaften des Sozialstaates sollten wir vor den Kosten seiner »Transformation« oder Auflösung nicht die Augen verschließen. Man kann für die normalisierende Gewalt von Sozialbürokratien empfindlich bleiben, ohne vor dem skandalösen Preis, den eine rücksichtslose Monetarisierung der Lebenswelt erfordern würde, die Augen zu verschließen.“<sup>33</sup>

---

Steuerungsbeiträge zu generieren. Als These formuliert: Während eine auf Konsistenz zielende Begründung – und sogar eine Letztbegründung – zur Implementierung weder notwendig noch hinreichend ist, kann (nur) ein Klugheitsargument als genuiner Implementationsanreiz fungieren.

<sup>32</sup> Diese homöopathische Wendung hatte sich bei Habermas schon 1990 angekündigt, als er sich genötigt sah, seinen Sozialismus nicht mehr über „konkrete Schlüsselforderungen“ – so die bereits zitierte Stelle bei Habermas (1990, 2003; S. 145) –, sondern rein prozeduralistisch zu definieren. Bereits damals konstatierte er die Notwendigkeit – Habermas (1990, 2003, S. 149, H.i.O.) –, „die sozialistischen Ideen umsetzen zu müssen in die radikalreformistische Selbstkritik einer kapitalistischen Gesellschaft, die in den Formen einer rechts- und sozialstaatlichen Massendemokratie gleichzeitig mit ihren Schwächen auch ihre Stärken entfaltet hat. Nach dem Bankrott des Staatssozialismus ist diese Kritik das einzige Nadelöhr, durch das alles hindurch muss. *Dieser* Sozialismus wird erst mit dem Gegenstand seiner Kritik verschwinden – vielleicht eines Tages, wenn die kritisierte Gesellschaft ihre Identität so weit verändert hat, dass sie alles, was sich nicht in Preisen ausdrücken lässt, in seiner Relevanz wahrnehmen und ernst nehmen kann.“ *Dieser* Idee zumindest ist Habermas über die Zeit hinweg treu geblieben. So liest man bei Habermas (2004; S. 3, H.i.O.): „[D]as *dislozierte*, an falscher Stelle angewendete wirtschaftliche Denken, das die nicht in Geld zu messenden Leistungen – ob nun in Psychiatrien und Kindergärten oder in Universitäten und Verlagen – den schlichten Maßstäben McKinseys unterwirft, ist zum gesellschaftlich wirksamen Kategorienfehler geworden.“

<sup>33</sup> Habermas (1998c; S. 133).

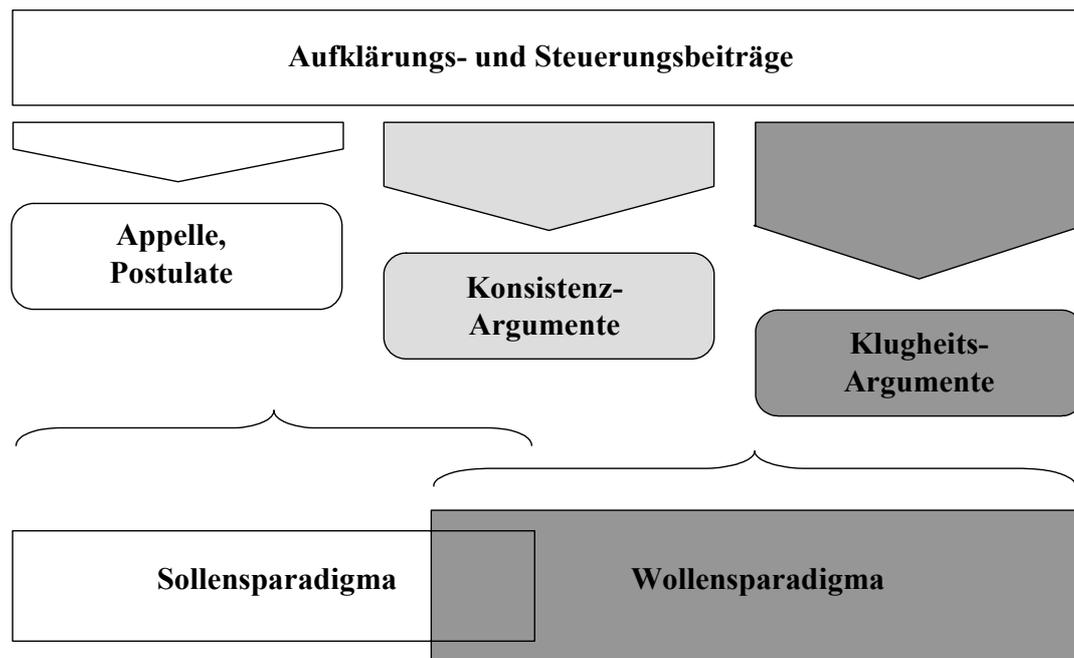


Abbildung 7: Die theoriestrategischen Optionen normativer Argumentation

Habermas will seine Anerkennung staatlicher Solidaritätsleistungen also nicht einfach als eine affirmative Wende verstanden wissen, nach der nun freudig begrüßt wird, was zuvor radikal kritisiert worden war. Er will seinen Ansatz sensibel halten für Gefährdungen der Lebenswelt von Seiten des Staates.

Eine solche Differenziertheit legt die Frage nahe, ob es theoriearchitektonisch nicht vielleicht auch möglich sein könnte, den Habermasschen Ansatz wieder auf zwei Beine zu stellen – und der Normativität Bodenhaftung zu verleihen –, indem man auch dem Subsystem Wirtschaft bestimmte Solidaritätsleistungen zuspricht, ohne dadurch gleich affirmativ zu werden. Um hier kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Das ist bei Habermas nicht angelegt, ganz im Gegenteil. Er zeichnet ein reines Schwarz-Weiß-Bild, wenn es darum geht, die beiden Subsysteme Staat und Wirtschaft im Hinblick auf ihren Beitrag zu gesellschaftlicher Solidarität zu kontrastieren:

„Auf längere Sicht wird nur ein demokratischer Prozess, der für die angemessene Ausstattung mit und eine faire Verteilung von Rechten sorgt, als legitim gelten und Solidarität stiften. Um eine Quelle von Solidarität zu bleiben, muss der Staatsbürgerstatus einen Gebrauchswert behalten und sich auch in der Münze sozialer, ökologischer und kultureller Rechte *auszahlen*. Insofern hat die sozialstaatliche Politik eine nicht unerhebliche Legitimationsfunktion übernommen. Das betrifft natürlich nicht nur das Kernstück des Sozialstaats, die redistributive Sozialpolitik, die für die Lebensführung der Bürger von existentieller Bedeutung ist. Von der Arbeitsmarkt- und Jugendpolitik über die Gesundheits-, Familien- und Bildungspolitik bis zu Naturschutz und Stadtplanung erstreckt sich »Sozialpolitik« im weiteren Sinne auf das ganze Spektrum der staatlichen Organisations- und Dienstleistungen, die kollektive Güter bereitstellen und jene sozialen, natürlichen, kulturellen Lebensbedingungen sichern, die die Urbanität, den öffentlichen Raum einer zivilisierten Gesellschaft überhaupt, vor dem Verfall bewahren. Viele Infrastrukturen des öffentlichen und privaten Lebens sind von Verfall, Zerstörung und Verwahrlosung bedroht, wenn sie der Regulierung durch den Markt überlassen werden.“<sup>34</sup>

<sup>34</sup> Habermas (1998c; S. 117 f., H.i.O.). Aus dieser Befürchtung heraus wendet sich Habermas (2004; S. 3) gegen eine Politik, „die zentrale gesellschaftliche Bereiche einer Regulierung durch den Markt überlässt – und damit aus ihrer eigenen, demokratisch kontrollierten Verantwortung herausnimmt“.

Allerdings wird man stutzig, wenn man liest, wie sich hier ökonomische Metaphern einschleichen, z.B. das von Habermas selbst kursiv gesetzte „auszahlen“. Geht es nicht einfach darum, den Zusammenhalt der Gesellschaft dadurch zu sichern, dass man das Arrangement des sozialen Zusammenlebens so ausgestaltet, dass es als allgemein vorteilhaft empfunden wird? Geht es nicht einfach um die Anreizkompatibilität des Gesellschaftsvertrags? Und wäre es dann nicht angemessen(er), sich um die Generierung von Klugheitsargumenten zu bemühen? Wenn der Eindruck nicht täuscht, tendiert Habermas dazu, diese letzte Frage eher mit einem Nein beantworten zu wollen:

„Mit dem Hobbesschen Problem, wie soziale Verhaltenserwartungen stabilisiert werden können, ist die Kooperationsfähigkeit rationaler Egoisten auch auf globaler Ebene überfordert.“<sup>35</sup>

Warum vertritt Habermas diese Auffassung? Letztlich dürfte hierfür ausschlaggebend sein, dass aus seiner Sicht der Staat den Markt bändigen und mittels einer Umverteilung für Stabilität sorgen soll, welche von den Bürgern nur dann nicht als Zumutung abgelehnt wird, wenn sie diese Umverteilung als eine Solidaritätspflicht wahrnehmen.<sup>36</sup>

Die im Folgenden einzulösende These lässt sich mithin im Vorgriff so formulieren: *Das Verhältnis zwischen Markt und Staat muss von Grund auf anders konzeptualisiert werden, wenn im Rahmen einer Theorie der „Global Governance“ ein Ansatzpunkt für Normativität gefunden werden soll.* Hierfür wird nun eine ordonomische Argumentationsskizze entwickelt.

((2)) Eine „rational-choice“-basierte Ordonomik hat zunächst einmal einige Vorurteile auszuräumen, die sich auch bei Habermas finden. Bei ihm liest man:

„Der Begriff des »rationalen Entscheiders« ist unabhängig sowohl vom Begriff einer moralischen Person, die ihren Willen durch Einsicht in das, was im gleichmäßigen Interesse aller Betroffenen liegt, binden kann, als auch vom Begriff des Bürgers einer Republik, der sich gleichberechtigt an der öffentlichen Praxis der Selbstgesetzgebung beteiligt. Die neoliberale Theorie rechnet mit Privatrechtssubjekten, die in den Grenzen gesetzlicher Handlungsspielräume nach eigenen Präferenzen und Wertorientierungen »tun und lassen, was sie wollen«. Sie brauchen sich *wechselseitig* nicht *füreinander* zu interessieren, sind also nicht mit einem moralischen Sinn für soziale Verpflichtungen ausgestattet.“<sup>37</sup>

Im Kern geht es um den Vorwurf, dass die Akteure der Rational-Choice-Theorie nicht bindungsfähig sind und mit einem verkürzten Freiheitsbegriff operieren. Aus einer ordonomischen Perspektive ist zu diesen beiden Punkten wie folgt Stellung zu nehmen:

Erstens: Selbst wenn „Rational Choice“ gleichzusetzen wäre mit „wirtschaftlichem Denken in Geldeinheiten“, wären rationale Akteure bindungsfähig. Der terminus technicus heißt „Investition“. Dieser Investitionsbegriff lässt sich in der zeitlichen wie in der sozialen Dimension entfalten: (a) Sparen bedeutet, heute auf Konsum zu verzichten, um morgen über einen erweiterten Handlungsspielraum zu verfügen. Erweist sich eine solche Bindung als produktiv, so wird sie vom einzelnen als vorteilhaft empfunden und entspricht insofern zweckrationalem Verhalten. (b) Sanktionsbewehrte Gesetze oder vertragliche Vereinbarungen zu befolgen bedeutet analog, sich um bestimmter Vorteile wegen eine Bindung aufzuerlegen.

Da „Rational Choice“ – verstanden als zweckrationales Verhalten – sich aber nicht nur auf i.e.S. wirtschaftliche Zwecke und schon gar nicht ausschließlich auf in Geld bewertbare

<sup>35</sup> Habermas (1998b; S. 90).

<sup>36</sup> Vgl. hierzu Habermas (1998c; S. 150 et passim).

<sup>37</sup> Habermas (1998c; S. 142, H.i.O.).

Zwecke einschränkt, sondern vielmehr *alle* Zwecke – alle subjektiven Interessen – umfasst, die Individuen zu verfolgen belieben, sind die Akteure der „Rational-Choice“-Theorie auch zu moralischen Bindungen fähig. Die Konzeptualisierung erfolgt mithilfe der Kategorie des Humankapitals. Danach hat unmoralisches Verhalten einen (durchaus auch nicht-monetären) Preis. Es verursacht Opportunitätskosten. Diese bestehen in der Missachtung durch Mitbürger, die als Nutzeneinbuße empfunden wird, aber auch in einem schlechten Gewissen, das als Beeinträchtigung der eigenen Identität – und mithin als Abschreibung von Humankapital – modelliert werden kann.<sup>38</sup>

Zweitens: In der Tat geht das klassische Freiheitsverständnis traditionell davon aus, dass der einzelne im Rahmen der Gesetze tun und lassen darf, was ihm beliebt, solange es nicht anderen schadet. Damit endet die Freiheit des einen dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Diesem Verständnis zufolge werden die anderen als Beschränkung der eigenen Freiheit erfahren. Hiergegen wendet sich bereits der junge G.W.F. Hegel. Er fordert zu einem klaren Perspektivwechsel auf. In seiner Kritik an Fichte als einem Vertreter des klassischen Freiheitsverständnisses liest man: „[D]ie Gemeinschaft der Person mit anderen muss ... wesentlich nicht als eine Beschränkung der wahren Freiheit des Individuums, sondern als eine Erweiterung derselben angesehen werden.“<sup>39</sup> Die „rational-choice“-basierte Ordonomik erkennt dieses Argument vorbehaltlos an: Freiheit als soziale Freiheit gibt es folglich nicht *von*, sondern nur *in* der Gesellschaft. Um diesen Gedanken auf ein in der Ökonomik gebräuchliches Bild anzuwenden: Robinson Crusoe ist bis zu seiner Begegnung mit Freitag nicht frei, sondern einsam. Das Erscheinen von Freitag auf seiner Insel schränkt Robinsons Freiheit nicht ein, sondern erweitert diese – materiell *und* immateriell.

((3)) Die „rational-choice“-basierte Ordonomik ist keine Handlungstheorie, sondern eine Ordnungstheorie. Sie interessiert sich nicht primär für Handlungen, sondern für die gesellschaftlichen Auswirkungen von Handlungen. Handlungen sind in dieser Theorie Explanans, nicht Explanandum. Explanandum sind vielmehr die sozial aggregierten Ergebnisse individueller Handlungen. Diese stellen sich ein als *nicht*-intendierte Folgen *intentionalen* Handelns. Deshalb – nur deshalb – ist es zweckmäßig, mit einem auf alle denkbaren Interessen erweiterten Vorteilsbegriff zu arbeiten: Wollte man fragen, ob eine bestimmte Handlung vernünftig ist, so wäre die bejahende Antwort durch einen weiten Vorteilsbegriff präjudiziert – die Theorie geriete in die Nähe einer Tautologie. Hier wird aber eine völlig andere Problemstellung verfolgt: Gefragt wird, ob rationale Akteure in der Lage sind, ihre Intentionen zur Geltung zu bringen. Genauer: Gefragt wird, wovon es abhängt, ob rationale Akteure in der Lage sind, ihre Intentionen zur Geltung zu bringen.

Die Antwort auf diese Frage wird nicht an internen, sondern an externen Faktoren festgemacht: Ähnlich wie seit dem Übergang von der aristotelischen zur galileischen Physik das Fallverhalten physischer Körper nicht mehr auf inhärente Körpereigenschaften – schwere Körper fallen schneller als leichte Körper –, sondern auf Situationseigenschaften zugerechnet wird – im Vakuum fallen alle Körper gleich schnell –, erfolgt auch hier nicht eine Zurechnung auf die inhärenten Eigenschaften der Akteure – ihre Intentionalität und Rationalität –, sondern eine Zurechnung auf Situationseigenschaften. Der programmatische Leitsatz des Erklärungsprogramms lautet: *Im institutionellen Vakuum kommt Kooperation nicht zustande*. Und von

<sup>38</sup> Im ordonomischen Ansatz wird das Phänomen einer Moraldisposition nicht als *deus ex machina* eingeführt, sondern als Humankapitalakkumulation – vulgo: Gewohnheitsbildung. Diese ist systematisch auf eine begünstigende Anreizstruktur angewiesen, also auf ein moralisches Verhalten gratifizierende Interaktionsumwelt. Die im Rahmen der „Rational-Choice“-Literatur zentrale Referenzposition hierfür ist Gary S. Becker. Vgl. dazu Pies (1998) und (2000c).

<sup>39</sup> Hegel (1801, 1986; S. 82). Vgl. hierzu auch die Schrift „Zur Judenfrage“ von Karl Marx (1843, 1956).

hier ausgehend wird dann untersucht, welche institutionellen Arrangements rationale Akteure in die Lage versetzen, gemeinsame Ziele zu verwirklichen. Die Ordonomik verwendet den Rational-Choice-Ansatz also als eine situationslogische Zurechnungsheuristik zur Erforschung institutioneller Arrangements.

So weit zur Kennzeichnung der ordonomischen Methode. Mit ihr lassen sich zahlreiche inhaltliche Einsichten über die Sozialstruktur und Semantik der modernen Gesellschaft generieren. Eine besonders wichtige Einsicht betrifft das Phänomen antagonistischer Kooperation. Auf der einen Seite kann festgestellt werden: Jede Kooperation enthält ein (latent) antagonistisches Element. Kooperation ist stets gefährdet, an einem Interessenkonflikt zu zerbrechen. Deshalb muss sie institutionell stabilisiert werden. Aber auf der anderen Seite kann auch festgestellt werden: Jeder Antagonismus enthält ein (latent) kooperatives Element.<sup>40</sup> In jedem Konflikt gibt es nicht nur widerstreitende Interessen, sondern auch gemeinsame Interessen. Hier kann Normativität ansetzen.

Verdeutlichen lässt sich diese Einsicht mit Hilfe einer Situationsanalyse sozialer Dilemmata.<sup>41</sup> Ein soziales Dilemma ist eine Situation, in der rationale Akteure anreizbedingt nicht in der Lage sind, ein gemeinsames Interesse zu verwirklichen. Hier führt die Verfolgung des eigenen Vorteils zu einem Nachteil für alle. Rationales Verhalten mündet in eine kollektive Selbstschädigung. Technisch ausgedrückt, wird ein pareto-inferiores Nash-Gleichgewicht realisiert. Mit dem Ergebnis sind alle Beteiligten unzufrieden.

Beispiele hierfür sind so zahlreich wie Sand am Meer. Sie reichen von der Übernutzung nicht-bepreister Ressourcen – Tragik der Allmende – bis hin zur Unterversorgung mit öffentlichen Gütern aufgrund des Trittbrettfahrerproblems. Die Überfischung der Weltmeere gehört hierzu ebenso wie der Treibhauseffekt. Der Kategorie sozialer Dilemmata zugehörig sind ferner alle Schwierigkeiten globaler Kooperation, sei es in der Entwicklungszusammenarbeit, etwa bei der Bekämpfung von Krankheiten, sei es in Fragen internationaler Sicherheit, etwa bei der Bekämpfung des Terrorismus. Stets geht es um Probleme, die dadurch verursacht werden, dass individuelle Anreize die Verwirklichung eines gemeinsamen Ziels zu unterminieren drohen.

Das unbefriedigende Ergebnis eines sozialen Dilemmas wird nun nicht auf Akteureigenschaften zugerechnet – schon gar nicht auf deren Intentionen –, sondern vielmehr auf die Situationseigenschaften: auf jene institutionellen Spielregeln, die die je individuellen Spielzüge der Akteure mittels (monetären und/oder nicht-monetären) Anreizen kanalisieren. Damit wird eine theoriestrategisch wichtige Differenzierung möglich: die Basisunterscheidung zwischen Handlungs- und Regelinteressen, zwischen Interessen *im* Spiel und Interessen *am* Spiel. Mit ihrer Hilfe lässt sich situationslogisch dechiffrieren, wie das (latente) Kooperationselement in den Antagonismus eingelassen ist – und aktiviert werden kann. Der theoretische Kunstgriff besteht darin, die Simultaneität gemeinsamer und konfligierender Interessen auf zwei unterschiedlichen Ebenen anzusetzen. Im sozialen Dilemma gilt: Die konfligierenden Handlungsinteressen im Spiel konstituieren ein

---

<sup>40</sup> Vgl. hierzu bereits Schelling (1960, 2003). Man könnte diesen theoretischen Zugriff auch als *methodologischen Hobbesianismus* bezeichnen: Es geht darum, den sozialen Konflikt nicht bloß als Gefährdung von Konsens, sondern zugleich auch als Quelle für Konsens thematisieren zu können. Im Hinblick auf die Ordnung von Gesellschaft setzt dieser ordonomische Ansatz programmatisch die schon bei Kant (1784, 1975) nachzulesende Aufforderung um, die Dialektik der „ungeselligen Geselligkeit“ institutionentheoretisch zu entfalten und mit dem Aufweis der sozialkonstitutiven Bedeutung von Konflikten einen Modus der konsensualen Konfliktbearbeitung durch Regelfindung und Regelsetzung vorzustellen, „zu dessen Herleitung [die] Idee, obgleich nur von sehr weitem, selbst beförderlich werden kann“.

<sup>41</sup> Vgl. Homann (1994, 2002), (2000, 2002) sowie Buttkereit und Pies (2006).

gemeinsames Regelinteresse an einem – für alle – besseren Spiel. Daraus folgt die situationslogische Erkenntnis: *Der systematische Ansatzpunkt für Normativität ist das Meta-Spiel.*<sup>42</sup>

Im sozialen Dilemma kann Normativität nicht direkt bei den Spielzügen ansetzen. Hier sind Ratschläge systematisch nicht möglich, weil die Theorie ja annimmt, dass sich die Akteure an die situativ gegebenen Anreize bereits rational anpassen. Ihre Strategiewahl ist „immer schon“ die bestmögliche Antwort auf die Strategiewahl der anderen, so dass noch bessere Antworten gar nicht empfohlen werden können. Im Spiel gibt es eben keine besseren Antworten. Will man trotzdem empfehlen, die Spielzüge zu ändern und eine andere Strategie zu wählen, dann empfiehlt ein solcher Ratschlag notwendig eine schlechte(re) Antwort, und die ist nicht kompatibel mit den Interessen eines rationalen Akteurs. Hier liegt der sozialstrukturelle Grund für die Implementierungsschwierigkeiten, auf die zahlreiche Ratschläge stoßen, die zwar gut gemeint sein mögen, aber eben nicht gut sind.

Wenn man Normativität nicht darauf verkürzen will, den Akteuren im Spiel Opfer und Verzicht zuzumuten, muss man folglich als Ansatzpunkt die Ebene der Spielregeln wählen. Nur hier lässt sich die zur Lösung des Implementierungsproblems von Ratschlägen unabdingbare Logik der Besserstellung entfalten, und zwar als Logik wechselseitiger (!) Besserstellung, indem mittels einer Veränderung der Spielregeln die für ein besseres Ergebnis erforderlichen Spielzüge gratifiziert werden. *Im ordonomischen Theoriedesign empfiehlt Normativität nicht, ein gegebenes Spiel besser zu spielen, sondern sie empfiehlt, ein besseres Spiel zu spielen.*

((4)) Die ordonomische Situationslogik sozialer Dilemmata ist nicht nur in normativer Hinsicht aufschlussreich. Mit ihr lassen sich auch positive Erkenntnisse generieren. Hier ist von besonderem Interesse, wie sich die Funktionslogik des Marktes auf ein institutionell differenziertes Management sozialer Dilemmata zurückführen lässt. Abbildung 8 hilft, die Grundzüge der Argumentation zu verdeutlichen.<sup>43</sup>

Zwischen den Anbietern (A) und Nachfragern (N) auf einem Markt bestehen bilaterale Tauschbeziehungen, symbolisiert durch die vertikalen Pfeile. Die Interaktionslogik lautet: do ut des. Dies erfordert eine Kopplung von Leistung und Gegenleistung. Ohne eine solche Kopplung – also ohne Vertrag, im institutionellen Vakuum – käme der Tausch nicht zustande. Die Akteure würden im sozialen Dilemma gefangen bleiben und das im Tausch liegende Potential wechselseitiger Besserstellung ungenutzt lassen (müssen). Der gelingende Tausch auf dem Markt ist mithin eine Form antagonistischer Kooperation, bei der der Antagonismus institutionell kontrolliert und in den Hintergrund gedrängt wird. Gelingender Tausch beruht auf der Überwindung eines (potentiellen) sozialen Dilemmas zwischen Anbieter und Nachfrager.

Zwischen den Anbietern untereinander bestehen Konkurrenzbeziehungen, symbolisiert durch die horizontalen Pfeile. Im Idealfall herrscht Leistungswettbewerb mit einer wechselseitigen Unterbietungstendenz beim Preis und einer wechselseitigen Überbietungstendenz bei der Qualität. Leistungswettbewerb bedeutet, dass sich die Anbieter das Leben wechselseitig schwer machen. In ihrem kollektiven Interesse wäre es, sich bei der Leistung eher zurückzuhalten. Es ist wie im Sport: Die Distanz zwischen Start und Ziel lässt sich wesentlich gemüthlicher überwinden, wenn die Gruppe versucht, ihre Fortbewegung *nicht* als Wettlauf zu organisieren. Konkurrenz ist kollektive Selbstschädigung. Mithin ist der gelingende Leistungswettbewerb auf dem Markt eine Form antagonistischer Kooperation, bei der der

---

<sup>42</sup> Vgl. Pies (1998).

<sup>43</sup> Vgl. hierzu ausführlich Pies (2000a; S. 52-62).

Antagonismus institutionell kontrolliert und in den Vordergrund gerückt wird. Gelingender Leistungswettbewerb beruht auf der Etablierung und Aufrechterhaltung eines sozialen Dilemmas zwischen den Anbietern untereinander.<sup>44</sup>

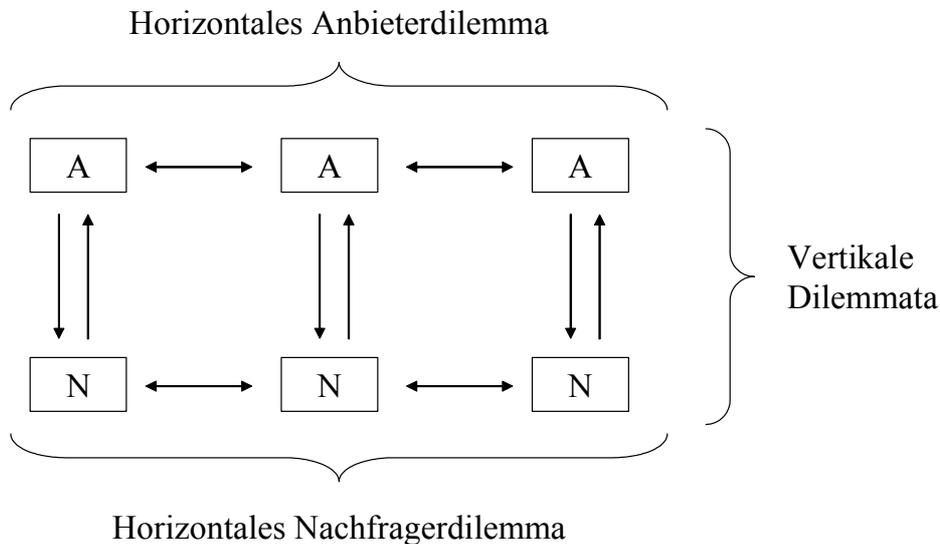


Abbildung 8: Der Markt als Arrangement sozialer Dilemmata

Wichtig ist nun, wie die diversen sozialen Dilemmata zusammenhängen. Zwei Punkte sind hier hervorzuheben. Erstens sind die beiden horizontalen Dilemmata durch ein Junktim miteinander gekoppelt. Der Wettbewerb auf der eigenen Marktseite ist gleichsam der Preis, den man zahlen muss, um in den Genuss zu kommen, dass auch die andere Marktseite unter Wettbewerb steht. Und zweitens ist die Etablierung der beiden horizontalen Dilemmata ein wichtiger Beitrag zur Überwindung des vertikalen Dilemmas. Leistungswettbewerb hilft, Verträge anreizkompatibel zu machen. Aufgrund dieser Rekonstruktion kann man formulieren: *Konkurrenz ist ein Instrument sozialer Kooperation*. Wettbewerb ist kein Selbstzweck, sondern ein unverzichtbares Anreizinstrument, mit dem das gesellschaftliche Potential wechselseitig vorteilhafter Tauschakte besser angeeignet werden kann.

((5)) Die moderne Wachstumsökonomie, die statistisch nachweisbar – siehe Abb. 9 und 10 – seit etwa 1820 die Versorgung mit materiellen und immateriellen Gütern und damit den allgemeinen Lebensstandard (inklusive Gesundheit und Lebenserwartung) breiter Bevölkerungsschichten anhebt – in einem welthistorisch einmaligen Prozess, der in Europa beginnt, im 19. Jahrhundert auf die USA ausgreift und seit Mitte des 20. Jahrhunderts immer weitere Teile Asiens einbezieht –, beruht auf einer marktlichen Koordination individuellen Vorteilsstrebens. Marktlicher Wettbewerb zwingt Akteure dazu, ihre Leistungen in den Dienst anderer Menschen zu stellen. Auf diese Weise operieren Märkte im Modus *institutionalisierter Solidarität*.

In die Zukunft gewendet, kann man diese These auch so formulieren: Solidaritätsziele wie die „Millennium Development Goals“ der Vereinten Nationen werden sich nicht *ohne*, schon gar nicht *gegen*, sondern allenfalls *durch* Marktwirtschaft realisieren lassen: durch eine marktliche Indienstnahme individuellen Vorteilsstrebens.<sup>45</sup>

<sup>44</sup> Ähnlich verhält es sich auf der Nachfragerseite des Marktes. Die Nachfrager haben ein gemeinsames Interesse an möglichst niedrigeren Preisen, überbieten sich im Leistungswettbewerb jedoch wechselseitig und treiben so das Preisniveau in die Höhe. Auch sie befinden sich in einem sozialen Dilemma.

<sup>45</sup> Das Studium der einschlägigen Statistiken lässt keinen anderen Schluss zu: Die armen Länder dieser Welt sind

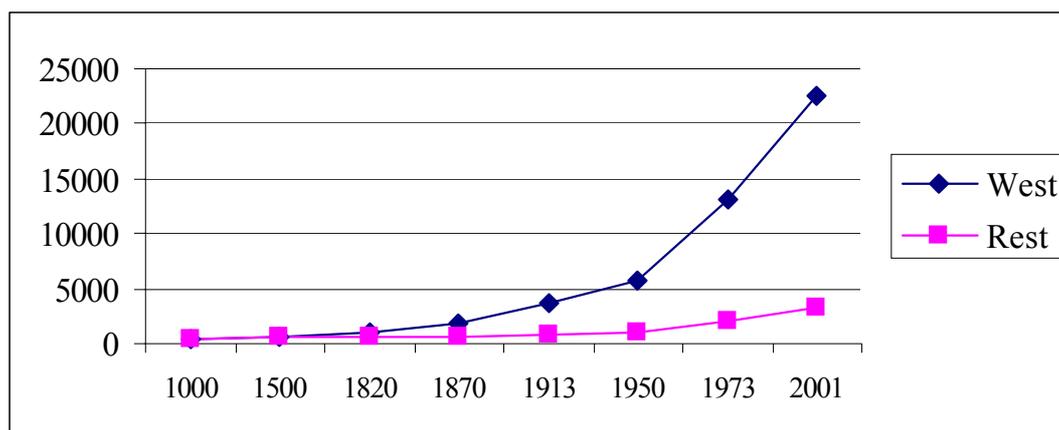


Abbildung 9: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens zwischen 1000 und 2001<sup>46</sup>

Aus einer solchen Perspektive besteht die Aufgabe des Staates<sup>47</sup> *nicht* darin, mittels Politik die Wirtschaft – respektive den Markt, den Wettbewerb, das individuelle Vorteilsstreben – zu domestizieren: zu bremsen, zu mäßigen, zu beschränken, einzugrenzen, an die Leine zu legen, zu bändigen, zu zähmen oder zu bezwingen. Vielmehr besteht die Aufgabe des Staates darin, funktionierende Märkte zu fördern, zu forcieren. Erforderlich hierzu ist ein institutionelles Management sozialer Dilemmata, das sozial erwünschte Interaktionen – z.B. Tauschakte oder produktive Investitionen – stabilisiert und analog sozial *unerwünschte* Interaktionen *destabilisiert* – z.B. Kartellabsprachen oder andere Schädigungen Dritter wie durch Korruption.<sup>48</sup>

arm, nicht weil sie – wie gelegentlich gemutmaßt wird – Opfer der Globalisierung geworden sind, sondern weil die Globalisierung an ihnen vorbei geht. Sie sind nicht eingebunden in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung. Dies hat zumeist innenpolitische Gründe. *Inklusion in die Weltwirtschaft ist gegenüber den Menschen in diesen Ländern die wirksamste Form von Solidarität.* Konkret bedeutet dies: Hilfe beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, Korruptionsbekämpfung, Stärkung des zivilgesellschaftlichen Sektors, „capacity building“. Wirksame Solidarität wird hingegen verweigert, solange am Protektionismus (etwa im Agrar- oder Textilbereich) festgehalten wird, der gerade den Menschen aus armen Ländern den Marktzugang versperrt und sie dadurch in ihren Möglichkeiten einschränkt, sich aus ihrer Armut selbst herauszuarbeiten. – Vor diesem Hintergrund ist es zwar nur halbbrichtig, aber immerhin aufrüttelnd, wenn Ulrich Beck (2000; S. 55, H.i.O.) pointiert formuliert: „Es gibt ... nur eines, das noch schlimmer ist, als von Multis ausgebeutet zu werden, und dies ist: *nicht* von Multis ausgebeutet zu werden.“ Vgl. hierzu auch Streeck (2004, S. 6).

<sup>46</sup> Quelle: Maddison (2005; Tabelle 2, S. 7). In der Kategorie „West“ sind zusammengefasst: Europa, USA, Australien und Japan. Die Angaben wurden berechnet auf der Basis des 1990er Dollar.

<sup>47</sup> Ein Hinweis zur Terminologie: Präzise formuliert, ist mit „Aufgabe des Staates“ die „Funktion von Staatlichkeit“ gemeint. Definiert man als Kernelement von Staatlichkeit, kollektiv verbindliche Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, dann ist der Nationalstaat nur eine mögliche – und historisch kontingente – Manifestation von Staatlichkeit. Begrifflich hat das zwei wichtige Folgen: Erstens kann es Staatlichkeit auch unterhalb und oberhalb der Ebene eines Nationalstaats geben. Und zweitens ist eine Denationalisierung des Staates nicht unbedingt mit einem Abbau von Staatlichkeit gleichzusetzen. Die im nachfolgenden Text vorgenommene Relationierung von Markt und Staat ist substantiell also eine Relationierung von Wirtschaft und Politik, eine Relationierung zudem, die deren Verhältnis zueinander nicht – wie in der Globalisierungsdebatte üblich – als *substitutiv*, sondern als *komplementär* bestimmt: Staatlichkeit ist jene Organisationsform, die die (Welt-)Gesellschaft sich gibt, um sich selbst mit Leistungen versorgen, vor allem mit einem Regelrahmen, innerhalb dessen eine produktive Zusammenarbeit – und generell: ein sich wechselseitig bereicherndes Zusammenleben – stattfinden kann. Die Kernkompetenz organisierter Staatlichkeit besteht in der Produktion des Produktionsfaktors Recht.

<sup>48</sup> Funktionierende Märkte sind nicht einfach naturwüchsig, sondern eine hochartifizielle Kulturleistung, eine zivilisatorische Errungenschaft. Vgl. hierzu sehr anschaulich de Soto (2000). Wie gut Märkte funktionieren, hängt primär von ihrer institutionellen Einrahmung ab. Beispiel Umwelt: Sind Umweltfaktoren vermeintlich kostenlos zu nutzen, treibt die Wettbewerbslogik marktliche Akteure unerbittlich zur Umweltbelastung. Werden hingegen Eigentumsrechte an Umweltfaktoren eingeführt, so entstehen Preise, von denen statische und dynamische Anreizwirkungen ausgehen, durch die Märkte in ein Instrument des Umweltschutzes verwandelt werden können. Aus einer solchen Perspektive geht es nicht darum, die Umwelt vor der Wirtschaft zu bewahren

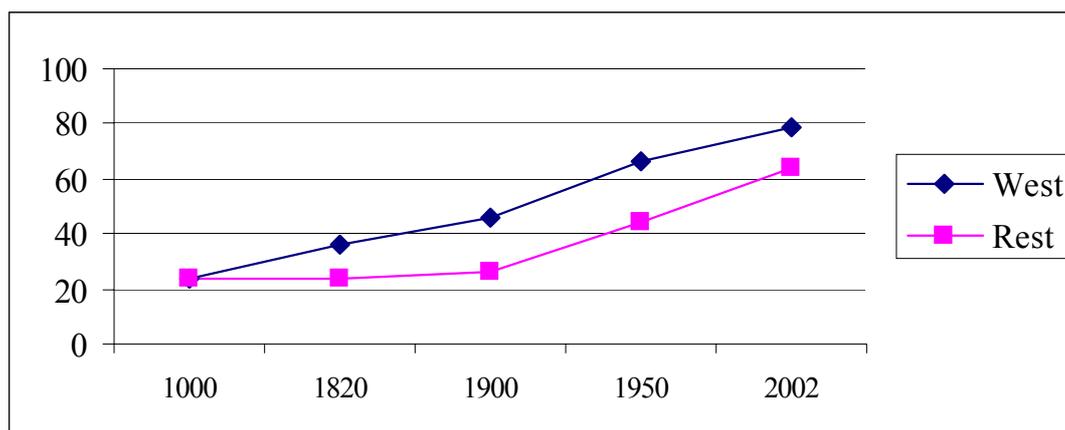


Abbildung 10: Entwicklung der Lebenserwartung zwischen 1000 und 2001<sup>49</sup>

Der Staat ist hier in zweierlei Hinsicht gefordert: zum einen als Rechtsstaat, zum anderen als Sozialstaat. Als Rechtsstaat definiert und schützt er Eigentumsrechte, stellt mit der Institution des sanktionsbewehrten Vertrags eine wesentliche Stabilisierungshilfe für vertikale Interaktionen auf Märkten bereit und sorgt mittels Wettbewerbsrecht für eine Destabilisierung unerwünschter horizontaler Kooperation in Form von Kartellen. Aber nicht nur mittels Rechtspolitik, auch mittels Sozialpolitik kann der Staat wichtige Beiträge leisten, die die Produktivität des Marktes erhöhen.<sup>50</sup> Hier sind drei Punkte hervorzuheben.

- Erstens kann der Staat versuchen, die Versorgung mit marktlichen Versicherungsleistungen zu stimulieren und notfalls zu simulieren, um auf diese Weise Risikoproduktivität freizusetzen.
- Zweitens kann der Staat versuchen, die Versorgung mit marktlichen Kreditleistungen zu verbessern, vor allem, damit Menschen in ihr Humankapital investieren können und zu potenten Anbietern am Arbeitsmarkt werden.
- Drittens kann der Staat versuchen, Menschen durch die Gewährung von Kaufkraft im Spiel zu halten. Andernfalls würde die Versorgung dieser Menschen mit Gütern und Dienstleistungen es erfordern, Marktprinzipien außer Kraft zu setzen.

Eine produktive Sozialpolitik zielt darauf, Menschen in die marktliche Zusammenarbeit einzubinden. Ihr geht es um Inklusion: um das Anliegen, möglichst alle Menschen an marktlichen Verfahren wechselseitiger Besserstellung aktiv partizipieren zu lassen.

---

– sie zu externalisieren –, sondern gerade umgekehrt darum, sie zu internalisieren, d.h. in eine rationale Bewirtschaftung einzubeziehen, um Interessen an Umweltschonung zu aktivieren. Dies erfordert Staatlichkeit. – Nicht nur in Sachen Demokratie, sondern vor allem auch in Sachen Marktwirtschaft befindet sich die Weltgesellschaft seit Jahrhunderten in einem historischen Lernprozess der Implementierung funktionaler Staatlichkeit. In diesem Prozess markiert der Begriff „Global Governance“ lediglich die aktuelle Erwartung, dass uns (in beiderlei Hinsicht) neue Lektionen bevorstehen.

<sup>49</sup> Quelle: Maddison (2005; Tabelle 1, S. 6). In der Kategorie „West“ sind zusammengefasst: Europa, USA, Australien und Japan. Die Angaben beziehen sich auf die durchschnittliche Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt und sind Kombinationswerte für Männer und Frauen.

<sup>50</sup> Zum Konzept einer „Sozialpolitik für den Markt“ vgl. ausführlich Pies (2000a; Kapitel 2 und 3).

#### IV. Zusammenfassung und Ausblick: „Towards an Ordonomics of Global Governance“

Die zeitgenössische Globalisierungsdiskussion ringt mit dem Problem, wie eine Weltinnenpolitik ohne Weltstaat aussehen könnte. Globale Herausforderungen erfordern eine „Global Governance“. Aber wie kann man sich das vorstellen? Welche theoretischen Anregungen und Orientierungsleistungen lassen sich dafür generieren? Diese Fragen – und erst Recht die Versuche, sie mit einer gewissen Ernsthaftigkeit zu beantworten – rufen selbst bei theoretisch ambitionierten Autoren typischerweise eine gewisse Ratlosigkeit auf den Plan. Im vorliegenden Beitrag wird dies anhand des Ansatzes von Jürgen Habermas exemplifiziert.

Habermas diagnostiziert eine postnationale Konstellation. Er sieht sie dadurch gekennzeichnet, dass im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung dem Sozialstaat die Grundlage wegbricht, durch Umverteilung Solidaritätsleistungen zu erbringen, die von den Bürgern in der Form demokratischer Legitimation gratifiziert werden. Aus dieser Diagnose resultiert eine gewisse Verlegenheit, weil Habermas der Ansatzpunkt fehlt, an dem normative Empfehlungen ansetzen könnten. Auf globaler Ebene gibt es weder Institutionen noch Intentionen, die hierfür geeignet wären – weder Organisationen für Umverteilung im Weltmaßstab noch ein Bewusstsein kosmopolitischer Solidarität, obwohl Habermas beides als unabdingbare Voraussetzungen ausweist.

Theoriestrategisch lautet daher die entscheidende Frage: *Wie kommt die Normativität ins Spiel?* Hierfür wird – unter der Bezeichnung „Ordonomik“ – eine alternative Konzeptualisierung entwickelt. Sie setzt auf Klugheitsargumente für „Global Governance“. Damit unterscheidet sich dieser ordonomische Ansatz in zweierlei Hinsicht vom Habermasschen Theoriedesign.

Erstens wird dem Staat nicht die Aufgabe zugewiesen, den Markt in die Schranken zu weisen. Das moralische Anliegen weltweiter Solidarität wird nicht gegen die Wirtschaft in Stellung gebracht. So etwas führt nur zu (unnötigen) Denk- und Handlungsblockaden. Stattdessen wird die politische Herausforderung darin gesehen, funktionierende Märkte zu fördern. Es geht nicht um die *Außerkraftsetzung*, sondern gerade umgekehrt um die *Inkraftsetzung* von Märkten. Diese politische Aufgabe kann auch jenseits des Nationalstaats wahrgenommen werden und ist somit „global-governance“-fähig.<sup>51</sup>

Zweitens wird hier ein anderer Zugang zur Normativität offeriert. Anders als Habermas, der den Bürgern Sozialpolitik *als Umverteilung* ja nur dann zumuten kann, wenn sie sich zu dieser Umverteilung durch ein Solidaritätsbewusstsein verpflichtet fühlen, kann der ordonomische Ansatz die Idee einer „Sozialpolitik nicht *gegen*, sondern *für* den Markt“ so ausbuchstabieren, dass sich für bestimmte sozialpolitische Initiativen ebenso Klugheitsargumente ins Feld führen lassen wie für rechtspolitische Initiativen, die die institutionelle Rahmenbedingungen für Märkte zu verbessern suchen. Normativität wird hier an Konflikte nicht von außen – gleichsam besänftigend – herangetragen, sondern aus dem Konflikt selbst als im Regelinteresse der Konfliktparteien liegend ausgewiesen. Normativität wird

---

<sup>51</sup> Um der Klarheit halber noch einmal eine Analogie zu bemühen: Der Traum vom Fliegen konnte realisiert werden, weil das Fallgesetz nicht geleugnet, sondern anerkannt wurde, um dann die Frage zu stellen: Wie geht man damit konstruktiv um? – Ähnlich verhält es sich mit dem „Gesetz“ der Wirtschaft, der Wettbewerbslogik des wirtschaftlichen Sachzwangs, die sich als Situationslogik sozialer Dilemmata dechiffrieren lässt: Die Vision weltweiter Solidarität wird sich nur in dem Maße in Wirklichkeit überführen lassen, wie man diese Situationslogik nicht ignoriert oder gar bekämpft, sondern in Dienst nimmt. Hier gibt es Gestaltungsoptionen. Die sollte man nutzen.

methodisch interiorisiert und so zur Heuristik für auf Implementation angelegte Prozesse der Regelfindung und Regelsetzung.<sup>52</sup>

Diese beiden Punkte gehören zusammen. Sie sind systematisch aufeinander abgestimmt: Der erste Aspekt betrifft die *Problemstellung*, der zweite die *Problembearbeitung*. Gemeinsam versetzen sie den hier als „Ordonomik“ ausgewiesenen Theorie-Ansatz in die Lage, die Solidaritätssemantik korrigieren zu helfen und gerade dadurch Reformen der Sozialstruktur konstruktiv anzuleiten. Dieser ordnungstheoretische Ansatz ist beides: kategorial vorbereitet und kategorial vorbereitend auf neue Formen von Staatlichkeit. Dadurch avanciert die Ordonomik zu einer Theorie der „Global Governance“: Die spezifische Orientierungsleistung dieser Theorie besteht darin, „Global Governance“ als weltgesellschaftliche Zusammenarbeit von Nationalstaaten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und – last not least – Unternehmen zu bestimmen und für diese Zusammenarbeit Klugheitsargumente zu generieren. Solche Klugheitsargumente betreffen Sozialstruktur *und* Semantik. Sie reichen sogar an das tradierte Selbstverständnis der drei beteiligten Akteursgruppen.<sup>53</sup>

- Nationalstaaten müssen lernen, dass sie Problemlösungen nicht (mehr) „par ordre du Mufti“ anordnen können. Sie müssen umstellen von Subordination auf Koordination und sich selbst stärker als Moderatoren für Regelsetzungs- und Regelfindungsprozesse im Rahmen einer „Global Governance“ verstehen.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen verdanken ihre Karriere dem Anprangern von Missständen und den zugehörigen Skandalisierungsstrategien zur Ressourcensmobilisierung. Für viele Probleme haben sie eine Expertise entwickelt, ohne die befriedigende Lösungen nicht gefunden und implementiert werden können. Allerdings müssen zivilgesellschaftliche Organisationen lernen, ihre kritischen Positionen zu beziehen, ohne sich dadurch davon abhalten – oder in ihrer Integrität beeinträchtigen – zu lassen, mit Staaten und – dies vor allem – mit Unternehmen im Rahmen von „Global-Governance“-Prozessen zur Regelfindung und Regelsetzung Formen partnerschaftlicher Zusammenarbeit zu pflegen.
- Unternehmen müssen lernen, sich nicht ausschließlich nur als wirtschaftliche, sondern als gesellschaftliche Akteure zu verstehen, als „Corporate Citizens“. Ihr Engagement ist für eine gelingende „Global Governance“ unabdingbar, bedarf aber durchgehend eines „Business Case“, also einer belastbaren Rechtfertigung, warum ein solches Engagement im wohlverstandenen Interesse des Unternehmens liegt. Ohne elaborierte Klugheitsargumente werden sich die Befürworter einer „Global Governance“ hier von vornherein auf verlorenem Posten befinden.<sup>54</sup>

In der Auseinandersetzung um den „Global Compact“ der Vereinten Nationen kann man studieren, wie Denkblockaden in Handlungsblockaden münden und wie aufgrund verfehlter

---

<sup>52</sup> Klugheitsargumente rationaler Selbstbindung für eine weltgesellschaftliche Ordnungspolitik, die – je nach funktionalem Erfordernis – soziale Dilemmata gezielt etabliert oder überwindet, benötigen kein vorgängiges Solidaritätsbewusstsein. Sie benötigen lediglich ein angemessenes *Problembewusstsein*: Mentalitätspolitisch können (und werden) die im globalen Kontext wünschbaren Gemeinsamkeiten letztlich nur aus der Erfahrung resultieren, gemeinsame Probleme erfolgreich gemeinsam bewältigt zu haben. Solidaritätsbewusstsein muss man sich erarbeiten. Es ist nicht als *Vorgabe*, sondern als *Aufgabe* zu begreifen.

<sup>53</sup> Vgl. Pies und Sardison (2005).

<sup>54</sup> Für die Praxis der „Global Governance“ ist dieser Aspekt von kaum zu überschätzender Bedeutung. Er muss auch in der Theorie stärker fokussiert werden. Dies betrifft Forschung *und* Lehre – bis hin zur Ausbildung von Führungskräften und zur Weiterbildung von Managern. Die entscheidende Frage lautet: Wie kann man die Wirtschaft ins Boot holen und daran interessieren, an Prozessen der „Global Governance“ auf breiter Front konstruktiv teilzunehmen? – Für ein ordonomisches „Corporate-Citizenship“-Konzept unternehmerischer „Ordnungsverantwortung“ („ordo-responsibility“) vgl. Beckmann und Pies (2006).

Theorieansätze falsche Erwartungen zu Enttäuschungen führen und dazu beitragen, dass ein solches Projekt unter seinen Möglichkeiten bleibt, d.h. das in ihm angelegte Potential gelingender „Global Governance“ bei weitem noch nicht voll ausschöpft.<sup>55</sup> Theorie ist wichtig. Sie definiert die Brille, durch die Akteure auf die Realität schauen; sie bestimmt die Kategorien, in denen Probleme wahrgenommen werden; und sie bestimmt die Richtung, in der nach Problemlösungen gesucht wird.<sup>56</sup>

Auch wenn in Theorie und Praxis – zum einen im Wissenschaftsbetrieb selbst, zum anderen bei Politikern und Journalisten, bei den Vertretern von „Pressure Groups“ und erst recht bei Managern – die Sensibilität dafür nicht sonderlich ausgeprägt sein mag, so ist doch eine der gerade für das Gelingen von „Global Governance“ entscheidenden Fragen, wie leistungsfähigere, zu konstruktiver Kritik befähigende Theorien generiert werden können. Als Ausblick seien hierzu folgende Thesen zur Diskussion gestellt.

1. Ein zeitdiagnostisch ambitioniertes Theorieprogramm erfordert methodologische Selbstreflexion: Wissenschaft muss bedenken, wie die Wirkungen des eigenen Denkens in der Gesellschaft so zu denken sind, dass Wissenschaft *als Wissenschaft* soziale Relevanz entfalten kann.
2. Zeitdiagnosen müssen modernitätstheoretisch justiert werden. Gerade aktuelle Stellungnahmen sollten sich in einem historischen Prozess verorten können und benötigen dafür ein elaboriertes Selbstverständnis gesellschaftlicher Entwicklung.
3. Auch wenn Nicht-Ökonomen (ähnlich wie auf den engen Bereich der Wirtschaft fixierte Ökonomen) es als Zumutung empfinden mögen: Wissenschaft muss zur Kenntnis nehmen – und sollte öffentlich zu Bewusstsein bringen –, dass die gesellschaftliche Moderne sich als Wachstumsökonomie entfaltet.
4. Theoretisch bedeutet dies,
  - a. dass ausnahmslos *alle* traditionellen Sozialstrukturen unter Anpassungsdruck geraten, mit der Folge, dass Anpassungskrisen und institutionelle Reformen zum Dauerphänomen werden
  - b. dass die in den semantischen Traditionen tief verwurzelten Kategorien des Nullsummendenkens (wie z.B. „Solidarität = Umverteilung“) auf den Prüfstand gehören und gegebenenfalls korrigiert werden müssen
  - c. dass der Wissenschaft die Aufgabe zuwächst, konstruktive Aufklärungs- und Steuerungsbeiträge zu generieren. Sie muss sich mit Sozialstruktur *und* Semantik befassen, vor allem auch mit den Interdependenzen *zwischen* Sozialstruktur und Semantik.

Die ordonomischen Überlegungen in diesem Beitrag skizzieren, wie ein entsprechender Theorie-Entwurf in sehr groben Konturen aussehen könnte. Am besten wäre es, dieses Forschungsprogramm ließe sich in der antagonistischen Kooperation mit alternativen Theorie-Entwürfen weiter entwickeln.

---

<sup>55</sup> Vgl. Brinkmann und Pies (2004).

<sup>56</sup> Theorie prägt die Problemwahrnehmungen, aber umgekehrt prägen Problemwahrnehmungen auch die Theorie. Dies gilt für die Sozialwissenschaften allgemein und ganz besonders für die Globalisierungs- und „Global-Governance“-Forschung. Vgl. hierzu die anregenden Beobachtungen und Reflexionen von Renate Mayntz (2005). Die angemessene Reaktion kann nur lauten: mehr Selbst-Bewusstsein – d.h. forcierter Aufbau von Methodenkompetenz zur Förderung reflektierter Polyperspektivität.

## ***Literaturverzeichnis***

- Beck, Ulrich (2000): Freiheit oder Kapitalismus. Gesellschaft neu denken. Ulrich Beck im Gespräch mit Johannes Willms, Frankfurt a.M.
- Beckmann, Markus und Ingo Pies (2006): Ordnungsverantwortung. Konzeptionelle Überlegungen zugunsten einer semantischen Innovation. (Diskussionspapier in Vorbereitung).
- Brinkmann, Johanna und Ingo Pies (2004): Der Global Compact als Beitrag zu Global Governance: Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven, in: Roland Czada und Reinhard Zintl (Hrsg.): Politik und Markt. PVS – Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 34/2003, Wiesbaden 2004, S. 186-206.
- Buttkereit, Sören und Ingo Pies (2006): The Economic Ethics of Social Dilemmas, Diskussionspapier Nr. 06-2, hrsg. vom Lehrstuhl für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Stiftung Leucorea in der Lutherstadt Wittenberg, ISBN 3-86010-823-9, Halle.
- de Soto, Hernando (2000): The Mystery of Capital. Why Capitalism Triumphs in the West and Fails Everywhere Else, New York.
- Habermas, Jürgen (1979): Einleitung, in: Ders.: Stichworte zur geistigen Situation der Zeit, Band 1: Nation und Republik, Frankfurt a.M., S. 7-35.
- Habermas, Jürgen (1981a, 1987): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, 4. Aufl., Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1981b, 1987): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, 4. Aufl., Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1990, 2003): Nachholende Revolution und linker Revisionismus. Was heißt Sozialismus heute?, in: Ders.: Zeitdiagnosen. Zwölf Essays, Frankfurt a.M., S. 124-149.
- Habermas, Jürgen (1998a): Einleitung, in: Ders.: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt a.M., S. 7-9.
- Habermas, Jürgen (1998b): Aus Katastrophen lernen? Ein zeitdiagnostischer Rückblick auf das kurze 20. Jahrhundert, in: Ders.: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt a.M., S. 65-90.
- Habermas, Jürgen (1998c): Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: Ders.: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt a.M., S. 91-169.
- Habermas, Jürgen (2004): Die Wahl ist frei bis zum Schluss, in: DIE ZEIT Nr. 21 vom 13. Mai 2004, S. 3.
- Hegel, Georg W. F. (1801, 1986): Differenz des Fichteschen und Schellingschen Systems der Philosophie. In: Hegel, Georg W. F.: Jenaer Schriften 1801-1807. Werke 2. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 9-138.

Höffe, Otfried (1999): Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München.

Homann, Karl (1994, 2002): Homo oeconomicus und Dilemmastrukturen, in: Ders.: Vorteile und Anreize. Zur Grundlegung einer Ethik der Zukunft, hrsg. von Christoph Lütge, Tübingen, S. 69-93.

Homann, Karl (2000, 2002): Die Bedeutung von Dilemmastrukturen für die Ethik, in: Ders.: Vorteile und Anreize. Zur Grundlegung einer Ethik der Zukunft, hrsg. von Christoph Lütge, Tübingen, S. 94-106.

Kant, Immanuel (1784, 1975): Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Ders.: Werke in zehn Bänden, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Band 9, Darmstadt, S. 31-50.

Kant, Immanuel (1795, 1975): Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Ders.: Werke in zehn Bänden, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Band 9, Darmstadt, S. 191-251.

Luhmann, Niklas (1971): Weltgesellschaft, in: Archiv für Rechts- und Sozialpolitik 57, S. 1-35.

Luhmann, Niklas (1981, 1994): Gesellschaftliche Grundlagen der Macht: Steigerung und Verteilung, in: Ders.: Soziologische Aufklärung, Band 4, 2. Auflage, Darmstadt, S. 117-125.

Luhmann, Niklas (1990): Paradigm lost: Über die ethische Reflexion der Moral, Frankfurt a.M.

Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft, 2 Bände, Frankfurt a.M.

Luhmann, Niklas (1998): Der Staat des politischen Systems. Geschichte und Stellung in der Weltgesellschaft, in: Ulrich Beck (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt a.M., S. 345-380.

Maddison, Angus (2005): Growth and Interaction in the World Economy. The Roots of Modernity, Washington D.C.

Mayntz, Renate (2005): Embedded Theorizing. Perspectives on Globalization and Global Governance, MPIfG Working Paper 05/14, hrsg. vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.

Pies, Ingo (1998): Ökonomischer Ansatz und Normativität: Zum wertfreien Umgang mit Werten, in: Ingo Pies und Martin Leschke (Hrsg.): Gary Beckers ökonomischer Imperialismus, Tübingen, S. 107-135.

Pies, Ingo (2000a): Ordnungspolitik in der Demokratie. Ein ökonomischer Ansatz diskursiver Politikberatung, Tübingen.

Pies, Ingo (2000b): Globalisierung und Demokratie: Chancen und Risiken aus ökonomischer Sicht, in: Hauke Brunkhorst und Matthias Kettner (Hrsg.): Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien, Frankfurt a.M., S. 53-89.

- Pies, Ingo (2000c): Wirtschaftsethik als ökonomische Theorie der Moral – Zur fundamentalen Bedeutung der Anreizanalyse für ein modernes Ethikparadigma, in: Wulf Gaertner (Hrsg.): Wirtschaftsethische Perspektiven V. Methodische Ansätze, Probleme der Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit, Ordnungsfragen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 228/V, Berlin, S. 11-33.
- Pies, Ingo und Markus Sardison (2005): Ethik der Globalisierung: Global Governance erfordert einen Paradigmawechsel vom Machtkampf zum Lernprozess, in: Karl Homann, Peter Koslowski und Christoph Lütge (Hrsg.): Wirtschaftsethik der Globalisierung, Tübingen, S. 177-196.
- Marx, Karl (1843, 1956): Zur Judenfrage, in: MEW, Bd. 1, Berlin, S. 347-377.
- Marx, Karl und Friedrich Engels (1848, 1959): Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin, S. 459–493.
- Schelling, Thomas C. (1960, 2003): The Strategy of Conflict, 19. Aufl., Cambridge, Mass.
- Streeck, Wolfgang (2004): Globalisierung: Mythos und Wirklichkeit, MPIfG Working Paper 04/4, hrsg. vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.
- Zürn, Michael (1998): Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Edition Zweite Moderne, hrsg. von Ulrich Beck, Frankfurt a.M.
- Zürn, Michael und Stephan Leibfried (2005): Reconfiguring the National Constellation, in: Stephan Leibfried und Michael Zürn (Hrsg.): Transformations of the State? Cambridge u.a.O., S. 1-35.

## DISKUSSIONSPAPIERE

Als download unter:

<http://www.wiwi.uni-halle.de/ethik/index.php> →Forschung

- Nr. 06-4     **Ingo Pies**  
Markt versus Staat? – Über Denk- und Handlungsblockaden in Zeiten der Globalisierung
- Nr. 06-3     **Markus Beckmann, Diana Kraft, Ingo Pies**  
Freiheit durch Bindung - Zur Logik von Verhaltenskodizes
- Nr. 06-2     **Sören Buttkereit, Ingo Pies**  
The Economics of Social Dilemmas
- Nr. 06-1     **Ingo Pies**  
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Albert Hirschman
- Nr. 05-12    **Ingo Pies, Alexandra von Winning**  
Sustainability by Education: Lessons to be learned
- Nr. 05-11    **Ingo Pies, Alexandra von Winning**  
Nachhaltigkeit durch Bildung: Lessons to be learned
- Nr. 05-10    **Ingo Pies**  
Ökonomische Ethik: Zur Überwindung politischer Denk- und Handlungsblockaden
- Nr. 05-9     **Ingo Pies**  
Chancen und Risiken der Globalisierung: 10 Thesen
- Nr. 05-8     **Gerhard Engel**  
Karl Marx und die Ethik des Kapitalismus
- Nr. 05-7     **Ingo Pies**  
Was gefährdet die Demokratie? – Eine kritische Stellungnahme zur Kapitalismusdebatte in Deutschland
- Nr. 05-6     **Martin Petrick, Ingo Pies**  
In Search for Rules that Secure Gains from Cooperation: The Heuristic Value of Social Dilemmas for Normative Institutional Economics
- Nr. 05-5     **Stefan Hielscher, Ingo Pies**  
Internationale Öffentliche Güter –Ein neues Paradigma der Entwicklungspolitik
- Nr. 05-4     **Ingo Pies, Peter Sass**  
Selbstverpflichtung als Instrument der Korruptionsprävention bei Infrastrukturprojekten

- Nr. 05-3 **Ingo Pies**  
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik  
– Der Beitrag von Karl Marx
- Nr. 05-2 **Ingo Pies, Markus Sardison**  
Wirtschaftsethik
- Nr. 05-1 **Johanna Brinkmann, Ingo Pies**  
Corporate Citizenship: Raison d'être korporativer Akteure aus Sicht der  
ökonomischen Ethik
- Nr. 04-14 **Markus Sardison**  
Macht - eine interaktionsökonomische Betrachtung
- Nr. 04-13 **Ingo Pies, Alexandra von Winning**  
Wirtschaftsethik
- Nr. 04-12 **Markus Beckmann, Ingo Pies**  
Sustainability by Corporate Citizenship
- Nr. 04-11 **Markus Beckmann, Johanna Brinkmann, Valerie Schuster**  
10 Thesen zu Corporate Citizenship als Ordnungsverantwortung –  
Ein interaktionsökonomisches Forschungsprogramm
- Nr. 04-10 **Ingo Pies**  
Nachhaltige Politikberatung: Der Ansatz normativer Institutionenökonomik
- Nr. 04 – 9 **Markus Beckmann, Thomas Mackenbrock, Ingo Pies, Markus Sardison**  
Mentale Modelle und Vertrauensbildung – Eine wirtschaftsethische Analyse
- Nr. 04 - 8 **Thomas Fitschen**  
Der „Global Compact“ als Zielvorgabe für verantwortungsvolles Unternehmertum – Idee mit Zukunft oder Irrweg für die Vereinten Nationen?
- Nr. 04 - 7 **Andreas Suchanek**  
Überlegungen zu einer interaktionsökonomischen Theorie der Nachhaltigkeit
- Nr. 04 - 6 **Karl Homann**  
Gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen. Philosophische,  
gesellschaftstheoretische und ökonomische Überlegungen
- Nr. 04 – 5 **Ingo Pies**  
Wirtschaftsethik als Beitrag zur Ordnungspolitik – Ein interdisziplinäres Forschungsprogramm demokratischer Politikberatung
- Nr. 04 – 4 **Henry Meyer zu Schwabedissen, Ingo Pies**  
Ethik und Ökonomik: Ein Widerspruch?
- Nr. 04 – 3 **Ingo Pies**  
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik  
Der Beitrag Milton Friedmans

- Nr. 04 - 2 **Ingo Pies, Cora Voigt**  
Demokratie in Afrika – Eine wirtschaftsethische Stellungnahme zur Initiative „New Partnership for Africa’s Development“ (NePAD)
- Nr. 04 - 1 **Ingo Pies, Markus Sardison**  
Ethik der Globalisierung: Global Governance erfordert einen Paradigmawechsel vom Machtkampf zum Lernprozess
- Nr. 03 - 7 **Ingo Pies**  
Korruption: Diagnose und Therapie aus wirtschaftsethischer Sicht
- Nr. 03 - 6 **Ingo Pies**  
Sozialpolitik und Markt: eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 03 - 5 **Johanna Brinkmann, Ingo Pies**  
Der Global Compact als Beitrag zu Global Governance: Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 03 - 4 **Karl Homann**  
Braucht die Wirtschaftsethik eine „moralische Motivation“?
- Nr. 03 - 3 **Ingo Pies**  
Weltethos versus Weltgesellschaftsvertrag – Methodische Weichenstellungen für eine Ethik der Globalisierung
- Nr. 03 - 2 **Ingo Pies**  
GLOBAL SOCIAL CONTRACT  
On the road to an economically-sound Ethics of Globalization
- Nr. 03 - 1 **Ingo Pies**  
WELT-GESELLSCHAFTS-VERTRAG: Auf dem Weg zu einer ökonomisch fundierten Ethik der Globalisierung

#### WIRTSCHAFTSETHIK-STUDIEN

Als download unter:

<http://www.wiwi.uni-halle.de/ethik/index.php> →Forschung

- Nr. 2005-3 **Ingo Pies, Peter Sass, Roland Frank**  
Anforderungen an eine Politik der Nachhaltigkeit – eine wirtschaftsethische Studie zur europäischen Abfallpolitik
- Nr. 2005-2 **Ingo Pies, Peter Sass, Henry Meyer zu Schwabedissen**  
Prävention von Wirtschaftskriminalität: Zur Theorie und Praxis der Korruptionsbekämpfung
- Nr. 2005-1 **Valerie Schuster**  
Corporate Citizenship und die UN Millennium Development Goals: Ein unternehmerischer Lernprozess am Beispiel Brasiliens

Nr. 2004-1 **Johanna Brinkmann**  
Corporate Citizenship und Public-Private Partnerships: Zum Potential der  
Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und  
Zivilgesellschaft